

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Welt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 11. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 80 Pfennig. Reklameweile 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des fettdruckten Wortes 25 Pfennig.

Musik für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden.

Hemmungen und Besorgnisse in Genf.

Machen die Militärischen Schwierigkeiten? - Englands sonderbare Rolle.

Genf, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Wie die Dinge am Freitag liegen - so schreibt der Sonderkorrespondent des „Soz. Pressedienst“ in Genf - scheint der Völkerverbund mit seinen Arbeiten rascher fertig zu werden als die Vertreter der Vorkriegsmächte.

Was natürlich hier am stärksten überraschte, das ist die Tatsache, daß die Pariser Botschaftskonferenz am Donnerstag nicht zu festen Beschlüssen gelangte, sondern eine neue Sitzung auf Freitag abend einberufen hat.

Die zwei strittigen Punkte bleiben nach wie vor die Frage der Festlegung und der Ausfuhr von Kriegsmaterial. Die erste Frage interessiert vor allem Frankreich und Polen, die zweite fast ausschließlich England.

Der Sonnabend wird von großer Bedeutung sein, da er endgültig Klarheit über die Haltung der Botschaftskonferenz bringen muß.

In den letzten Stunden haben sich die Gegensätze in der Abrüstungsfrage immer mehr auf die Frage der deutschen Ausfuhr zu konzentrieren.

englische Forderung. England versucht die Ausfuhr aller Erzeugnisse der deutschen Industrie zu bewirken, die für kriegerische Zwecke Verwendung finden können.

Ganz abgesehen davon, daß der Friedensvertrag für solche Forderungen offenbar keine feste Handhaben bietet, liegt der Verdacht nahe, daß es vorwiegend industrielle Konkurrenzgründe sind, die England bewegen, in dieser Frage einen Vorschlag zu unternehmen.

Mit dem gerade von britischer Seite so gern hervorgehobenen Grundsatz des fair play steht diese Forderung in trafen Widerspruch. Die englische konservative Regierung, die diesen Versuch unternimmt, durch einen Druck in der letzten Phase der Abrüstungsverhandlungen die deutsche Industrie zugunsten der eigenen zu schädigen, legt sich damit in eine moralisch unhaltbare Situation.

Die Pariser Kontrollberatungen.

v. Pawels Erklärungen noch unbefriedigend.

Paris, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Interalliierte Militärkomitee in Versailles hat am Freitag morgen einen neuen Bericht des deutschen Generals v. Pawels über die beiden Fragen entgegengenommen.

Die Botschaftskonferenz selbst trat am Freitag nachmittags um 4 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen, um den neuen Bericht des Militärkomitees über die am Freitagmorgen erfolgte Anhörung des Generals v. Pawels zu prüfen.

Wie wir hören, soll die Konferenz die von General Pawels abgegebenen neuen Erklärungen zur Frage der Ausfuhr von Rüstungsmaterial sowie der Königsberger Befestigungsanlagen wiederum als unbefriedigend bezeichnet haben.

Ratsbeschlüsse.

Genf, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerverbundrat genehmigte am Freitag den Tätigkeitsbericht der Mandatskommission; die Frage der mündlichen Anhörung von Geflüchteten aus den Mandatsgebieten soll in der nächsten Tagung noch einmal erörtert werden.

Stöckung der Saar-Verhandlungen.

Genf, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In den Verhandlungen über die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet und ihre Ersetzung durch einen zivilen Bahnschutz ist eine Stöckung eingetreten.

Asiatische Brandherde.

Der russisch-englische Gegensatz.

Von Dr. A. Abeghian.

Die Odeßer Zusammenkunft der türkischen und sowjetrussischen Außenkommissare, die Angoraer Konferenz persischer, afghanischer, sowjetrussischer und türkischer Staatsvertreter, der gleichzeitige Besuch des chinesischen Botschafters in Washington, Dr. Li, und eines japanischen Admirals in Angora, die innere Neugestaltung Chinas, zuletzt auch die fällige Westeuropäische Tschitscherins und seine Rede vor Berliner bürgerlichen Pressevertretern, dazu noch das gestiegene asiatische Interesse in London - das alles sind deutliche Zeichen.

Der russisch-englische Wettbewerbs um das asiatische Erbe spielt schon seit der Regierungszeit Peters des Großen. In Indien war von jeher der Zielpunkt britischer und russischer Expansion zugleich. Nachdem es aber zum „kostbarsten Edelstein“ der britischen Krone geworden ist, dreht sich nun das britisch-russische Wettstreiten mehr um die näheren oder ferneren Peripherien der indischen Halbinsel: vom Mittelmeer bis zum Stillen Ozean.

In China spiegeln sich die russisch-britischen Gegensätze am hellsten wider, wenn auch Japan in den chinesischen Angelegenheiten als die dritte imperialistische Außenmacht auftritt; freilich bestreitet Tschitscherin jede Einmischung Russlands in die chinesischen Angelegenheiten.

Freilich, in der fremden, besonders der japanischen Einmischung liegt die Wurzel allen Übels in der inneren Entwicklung des alten 400-Millionen-Volkes. Alle Anzeichen sprechen nun dafür, daß England demnächst eine radikale Wendung seiner Chinapolitik vornehmen oder vielmehr dazu gezwungen sein wird.

Afghanistan ist von jeher sowohl von Russland als von England als ihr Ausdehnungs- und Ausbeutungsgebiet angesehen worden. Der Vertrag von 1907 anerkannte Afghanistan als ein ausschließliches britisches Einflußgebiet.

die den Zweck haben, zwischen Afghanistan und die Sowjetunion einen Keil zu treiben." Gegenwärtig weist in Moskau eine außerordentliche Militärdelegation Afghanistans, die vor kurzem auch Angora besuchte. Allem Anschein nach steht ein Militärbündnis zwischen Moskau und Kabul bevor. Man kann in der Tat behaupten, daß heute der Einfluß der Russen in Afghanistan viel stärker ist als der der Engländer. Die Russen haben dem afghanischen Sultan einige Flugzeuge geschenkt, sie bauen dort Radiostationen, Chauffeen und reorganisieren die afghanische Armee. Der russische Handel beherrscht mehr und mehr den afghanischen Markt. Die Engländer sind selbstverständlich bestrebt, die Vormachtstellung in Afghanistan wiederzugewinnen. Diesem Ziele soll auch der grandiose Bahnbau von Peshawar in Nordindien über den Keiberpaß nach Afghanistan dienen.

Persien ist von jeher ein anderer Schauplatz britisch-russischer Ringens gewesen. Der Vertrag von 1907 hatte es geteilt: Nordpersien war russisches, Südpersien britisches Einflußgebiet. Zur Nachkriegszeit entstanden auch dort neue politische Verhältnisse. Rifa Schah sicherte die Unabhängigkeit seines Landes. Rußland wie England haben schon 1921 mit Teheran Freundschaftsverträge abgeschlossen. Moskau ist nun bemüht, wie mit der Türkei und Afghanistan, so auch mit Persien einen Neutralitäts- und Garantiepakt abzuschließen; die Moskau- und Angorareise des persischen Hofministers Mirza Khan Timurtsch sollte das vorbereiten. England ist auch bemüht, in Persien die eigene Stellung zu sichern, zumal Rifa Schah seinen Thron nicht zuletzt der englischen Diplomatie verdankt. Immerhin ist der wirtschaftliche Einfluß Englands in Persien viel größer als der Rußlands.

Die Türkei ist schon seit 1919 mit Sowjetrußland befreundet. Seitdem haben sie einige Freundschaftsverträge abgeschlossen, die der Garantiepakt vom Dezember 1925 gekrönt hat. Die Zusammenkunft in Odeffa hatte die Aufgabe, die Beziehungen der beiden Länder noch enger zu gestalten. Moskau gibt sich alle Mühe, zu verhindern, daß die Türkei in den Völkerbund eintrete, schon, um die Türkei dem britischen Einfluß fernzuhalten. Es ist eine Frage für sich, ob es ihm auch gelingen wird.

Der Heeresetat im Reichstag.

Wie die Reichswehr ihre Finanzgebarung verschleierte

Im Reichstage wurde gestern das Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen Herrn Kütz gegen die Stimmen der Kommunisten und Völkischen bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen abgelehnt. Genosse Hermann Müller sprach in einer Erklärung Herrn Kütz das Mißtrauen der sozialdemokratischen Fraktion aus. Ein eigenes sozialdemokratisches Mißtrauensvotum war nicht eingebracht worden im Hinblick auf die Entscheidung über die Regierung insgesamt, die in der nächsten Woche erfolgen wird.

Die zweite Lesung des Reichswehretats war kurz — die große Auseinandersetzung mit den Zuständen in der Reichswehr wird bei der dritten Lesung erfolgen. Genosse Stücken legte an drastischen Beispielen dar, wie die Reichswehr unter Verletzung des Staatsrechts des Reichstags wirtschaftet, wie sie ihre Finanzgebarung verschleierte, und wie sie den Parlamentariern falsche Auskünfte gibt. Die Antwort der Reichswehrvertreter bestand in Verlegenheitsphrasen. Ein Auftakt für die dritte Lesung.

(Bericht siehe 2. Beilage.)

Kirche gegen Republik.

Große Ausartung der Schulstreitkehe in Westfalen.

Bodum, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Schulstreik im westfälischen Industriegebiet hat durch die von dem „Evangelischen Pressebureau“ geführte Hechpropaganda der Geistlichkeit, die immer mehr zu einer antirepublikanischen Agitation ausartet,

eine erhebliche Verschärfung erfahren. Eine lebhafte Flugblattpropaganda hat eingesetzt. Allem Anschein nach ist beabsichtigt, die Aktion auf das Rheinland auszudehnen. Jedenfalls hat die Vorbereitung der öffentlichen Meinung für den Kampf gegen die „gottlose Republik“ bereits in den benachbarten rheinischen Gebieten eingesetzt.

Am kommenden Sonntag wird von allen Kanzeln der evangelischen Kirche im Industriegebiet der Schulkampf propagiert werden. Fast vor allen Schulen sind Streikposten aufgestellt. Das Schlagwort ist: „Kein anständiger Mensch schickt sein Kind zur Schule, solange der Arbeit (Schulrat) nicht befreit ist.“ Die wildsten Gerüchte über Verhaftungen von Pfarrern, Vertrauensleuten der Elternschaft, Mißhandlungen von Schültern durch disziplinäre Lehrpersonen werden verbreitet. Auch in diesem Krieg um die „Seele des Kindes“ und für den „christlichen Glauben“ dient die Lüge als bewährte Waffe. Die Mehrheit der Lehrerschaft wendet sich mit Entschiedenheit gegen den Terror der reaktionären Geistlichkeit. Der Westfälische Lehrerverein appelliert an die evangelischen Eltern, sich nicht von der gehässigen Agitation leiten und verwirren und zu verhängnisvollen Schritten gegen die Staatsautorität verleiten zu lassen. Im übrigen dürfte der Schulstreik Anlaß zu zahlreichen Austritten aus der evangelischen Landeskirche werden, die sich immer mehr als Hort reaktionärer Umtriebe manifestiert.

Reichswehr und russische Staatsbank.

Wofür zahlt die Reichswehr?

In der Freitagssitzung des Preussischen Landtags verlas Genosse Kuttner in Erwiderung auf die verlogenen kommunistischen Behauptungen, daß ihre russischen Besinnungsfreunde niemals Sowjetgranaten für die deutsche Reichswehr geliefert haben, folgenden Brief:

Commerz- und Industriebank der U.S.S.R.
Moskau, Karmulin-Platz 2-7.

Rr. 9175. Moskau, den 20. September 1926.
Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen,
Moskau.

Mit Gegenwärtigem erfuchen wir Sie, falls möglich, die Dresdener Bank und Darmstädter und Nationalbank, Berlin, beauftragen zu wollen, alle Dollarbeiträge, welche an genannten Banken zur Ueberweisung auf ihre laufende Rechnung bei uns eingezahlt werden, an die Enquitable Trust Company of New York, 37 Wall Street, Teleg.-Adr. Equitrust New York, oder an die Chase National Bank of the City of New York, 57 Broadway, New York, Teleg.-Adr. Chasobank New York, auf unser Dollarkonto bei derselben telegraphisch zu überweisen und genannte Banken dabei zu instruieren, von jedem Eingang der Gelder uns sofort drahtlich zu avisieren. Die Depeschenteile unserer Korrespondenten würden wir auf unsere Kosten übernehmen.

In dieser Weise würde die betreffende Operation bedeutend beschleunigt und Ihre Verluste an Zinsen vermieden.

Ihrer gefälligen Rückäußerung hierüber entgegengehend, empfehlen wir uns Ihnen

hochachtungsvoll

Commerz- und Industriebank der U.S.S.R.
gez. Unterschriften.

Erläuternd führte Genosse Kuttner zu diesem Brief aus: Was bedeutet dieses Schreiben? Der Empfänger des Briefes ist die Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen, abgekürzt Gesu genannt, die ihren Sitz in Berlin, ihre Filiale in Moskau hat. Absender des Briefes ist eine Unterabteilung der russischen Staatsbank. Aus dem Brief geht hervor, daß die Gesu laufend so große Summen an die russische Staatsbank zahlt, daß mit Rücksicht auf den Zinsverlust telegraphische Ueberweisung sich lohnt. Verfügungsberechtigte

Inhaber der Gesu und ihrer Millionenkonten bei der Dresdener Bank und der Darmstädter und Nationalbank in Berlin sind der Oberst Oskar Buchholz, Leiter der Waffen- und Munitionsabteilung des Reichswehrministeriums, und Major Spangenberg, ebenfalls von der Waffen- und Munitionsabteilung des Reichswehrministeriums. Wofür haben die Herren Millionenbeträge an die russische Staatsbank zu zahlen? Ich weiß es nicht, aber ich will mit Shams „Helden“ annehmen, daß auch diese tapferen Militärsoldaten in Rußland nur Schokoladenplättchen kaufen.

Gegen Ueberstunden bei Notstandsarbeiten.

Ein Antrag der Sozialdemokratie.

Der Sozialpolitische und Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beriet am Freitag in einer gemeinschaftlichen Sitzung über verschiedene Fragen der Produktiven Erwerbslosenfürsorge. Abg. Graßmann (Soz.) sowie Vertreter der anderen Gewerkschaftsrichtungen führten Beschwerde darüber, daß bei Lieferungsverträgen der öffentlichen Hand aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu kurze Lieferfristen gestellt und dadurch die Unternehmer vielfach zu Ueberstunden gezwungen werden. Das sei doch wirklich nicht der Zweck des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Ein Antrag, bei den einzelnen Behörden dahin zu wirken, daß bei Aufträgen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm grundsätzlich keine kurzen Lieferfristen gestellt werden, wurde angenommen. Abgelehnt wurde dagegen ein sozialdemokratischer Antrag, der die Regierung ersucht, bei Vergebung von Notstandsarbeiten und Arbeiten aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm den Firmen die Bedingung aufzuerlegen, daß keine Ueberstunden geleistet werden dürfen und allgemein gültige Tarifverträge mit der Arbeitnehmerschaft bestehen müssen. Der sozialdemokratische Antrag fand lediglich in einer vom Zentrum vorge schlagenen abgeschwächten Form, d. h. Beschränkung der sozialdemokratischen Forderung auf Notstandsarbeiten, Annahme.

Für ein Verbot der Ueberstunden im Bergbau.

Ein Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag gestellt hat, fordert das Verbot aller Ueberstunden, soweit sie nicht für die Grubensicherheit, Leben und Gesundheit erforderlich sind, durch eine Verordnung.

Anleiheablösungsfragen.

Verbesserungen für die kleinen Gläubiger gegen den Widerstand der Regierung angenommen.

In einer Abendsitzung erledigte der Reichshaushaltsausschuß noch mehrere zum Nachtragsetat des Reichsfinanzministeriums gestellte und Anleiheablösungsfragen betreffende Anträge, die für die kleinen Gläubiger von Bedeutung sind. Der wichtigste und am meisten umstrittene Antrag zeigt die Unterschrift Emminger und Keil und hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichsfinanzminister zu ermächtigen, von den in der Bekanntmachung vom 11. September 1926 aufgeführten, alten bedürftigen Gläubigern Anleiheablösungsschuld einschließlich Auslosungsrechte in dem in der Bekanntmachung vom 11. September 1926 aufgeführten Umfang zum Einlösungsbeitrag des Auslosungsrechts käuflich zu erwerben.“

Durch zwei andere Anträge soll die Zusammensetzung des Ausschusses, der über die Gewährung der Vorzugsrenten zu befinden hat, anders, und zwar für die Gläubiger günstiger gestaltet werden. Schließlich wurde noch beantragt, den im Nachtragsetat der allgemeinen Finanzverwaltung vorgesehenen Härtefonds für Notopferabfindungen von 20 Millionen auf 30 Millionen Mark zu erhöhen. Die Mittel dieses Fonds sollen zu Barabfindungen an bedürftige Steuerpflichtige verwendet werden, die Notopfer in Kriegsanleihe gezahlt haben, denen aber nach den gesetzlichen Bestimmungen das Notopfer nicht erstattet werden kann.

Alle vier Anträge wurden trotz erregten Widerstands der Regierung mit großen Mehrheiten von Teil einstimmig angenommen.

Weihnachten und Kinderbuch.

Von Kurt Diefenbarg.

Wer hat als Kind auf dem Schulweg nicht vor Papierwarenläden gestanden und mit gieriger Sehnsucht die Bücherstapel, die vielversprechend, gelesen? Was verließen die Umschlagbilder, welche Sehnsüchte knüpfen sich an eine hellgrün tosierte Dattelpalme, auf der ein blaueschwarzer Nigger saß, bekleidet mit einem knallroten Vordenschurz, und im Hintergrund lauerte der zironengelbe Löwe! Oder: ein rätselhaft entwirrtetes Kartenpiel neben einer schaurig schwarzen Raute auf einem Zauberbuch. Was erst mögen Sachliche empfunden haben, wenn ein lammer Prinz einer himmelblauen Prinzessin in Demut das goldene Pantoffelchen küßte! — Welche artliche Landschaften weiteten sich unendlich, Abenteuer-Tore künftigen Lebens taten sich auf; himmlische Länze — die niemals das Leben den Gerechten erfüllte — wurden versprochen.

Die Eltern sollten sehr vor Weihnachten vor die Schaulust der Buchhandlungen (oder noch besser, hinein in den Laden) gehen und sich vorstellen, daß sie die 11jährige Biene oder der 14jährige Heinrich seien — und dann die Geschenkbücher wählen. Die Eltern sollten die nächsten erzieherische Absicht einmal im Jahr verzeihen und in den ausgelegten Jugendbüchern blättern, als ob sie selbst Kinder wären. Denn alle Theorien ist grau.

In den letzten 20 Jahren sind soviel Richtungen, soviel Erziehungsdogmen aufgetaucht und verschunden, daß das Prinzip, sich in das Wunschbild des Kindes hineinzuversetzen, gewiß nicht falscher ist als alle übrigen. Hat man nicht in den Jahren des naturwissenschaftlichen Nationalismus den Märchenbüchern den Krieg angelegt, weil sie Wahrheit „fälschten“, in der Blüte der Kunstwortbegeisterung problematisches Kunstleben der Erwachsenen in die unbedeutende Sphäre des Kindes getragen? Hat man nicht Stilexperimente gemacht, Kubismus und Impressionismus in Bilderbücher verpflanzt; und hat nicht jede Weltanschauung, sei sie religiös, wissenschaftlich, pazifistisch oder nationalstisch, sich in den Schritten der Jugend ausgesprochen? Keine Bestrebung ist falsch, kein Buch für Kinder ist schlecht, wenn es der edlen und immer echten Sehnsucht der Jugend entgegenkommt. Schlecht ist nur (und das spürt ein rechtes Kind, und sollte der Erwachsene erst recht spüren, wenn er für seine Kinder wählt), was künstlich kindisch, was anmaßend lehrhaft, was bössartig tendenziös, was vorlegen sentimental und bombastisch denungemäßer sich gebärdet.

Die ganz Kleinen sollen Bilderbücher haben, die simple und ihnen vertraute Wesen und Gegenstände in einfachen und starken Konturen zeigen. Sie sollen nicht mit langen Gedichten über Frühling und Sommerglück, gemacht naiven Philosophieren, belastet werden. Einpräglame, sehr kurze Reime sind das einzig Gebührende. Die schönen alten Kinderreime mit ihrem zeitlosen Rhythmus seien das Beispiel.

Bald folgen Märchenbücher. Die Eltern sollten soviel von der Seele ihrer Kinder wissen, daß sie die richtige Auswahl treffen aus Volks- und Märchenbüchern; jene Gedichten, die anschaulich und faßbar die wirkliche Welt oder eine unwirkliche dem Kinde vermitteln. Und so auch sollen die Bilder sein. Wenn man sich in

das Denken des Kindes versteht, wird man bald spüren, welche Illustrationen am verheißungsvollsten und zauberhaftesten sind. Es werden niemals die kunstgewerblich raffinierten, sondern immer die echt fabulierenden Bilder sein.

Schade, daß die Bilderbogen ganz aus der Mode gekommen sind. Sie hatten vor Wilhelm Busch etwas von der unerlöschlichen Wirkung, die „Maz und Morch“ und alle anderen Buschladen haben; sie zwangen den Künstler knapp und schlagend zu sein, und sie ließen dem Kind die erwünschte Möglichkeit, sich die ganze Welt hinzuzudenken.

Die Wünsche der größeren Kinder zu erfüllen, ist leichter für den Erwachsenen. Man unterseide nicht zu scharf zwischen Knaben und Mädchen, so lange sie nicht erwachsen sind. Heroische Vorbilder erweitern die Seele der Mädchen nicht weniger als die der Knaben. Man unterschätze die Kinder nicht; das Gefühl für endlos Rhythmus erwacht früher, als man zu glauben pflegt. Das klassische Theater gibt der erwachenden Seele vielleicht ungetriebene Entscheidungen als den Erwachsenen. Das Naturliche, selbst erwüchsig-Debe ist nicht gefährlich für die Jugend in der Entwicklung. Wissenschaftliche Forschungen werden mit der Entdeckung des Knaben intensiver erfährt, als man erwartet. Nur das betont Erotische soll nicht vorweg genommen werden.

Aber fangt bald an, ihr Erwachsenen, die Bücher für eure Kinder zu wählen. Nicht dann erst, wenn der Trübel der Weihnachts-einkäufe euch Zeit und Verstand einnimmt. Die bedacht-same Wahl ist hier, wie auf keinem anderen Gebiet, von unermessbarer Bedeutung.

Jazz und Radio im „Othello“. Die von England ausgehende „Modernisierung“ der Schokopore-Aufführungen macht rasche Fortschritte. Nachdem wir bereits „Hamlet im Frack“ und „Romeo im Smoking“ erlebt haben, muß jetzt auch der „Mozart und Benedigo“ in moderner Uniform auftreten und sich die neuesten Errungenschaften zunutze machen. Eine „Othello“-Aufführung der Dramatischen Gesellschaft des King's College in London leistete in dieser Hinsicht Erstaunliches. Der eifersüchtige General selbst und keine Offiziere erschienen in Uniformen, die der des heutigen französischen Heeres ähnelten; die Damen waren nach der neuesten Mode gekleidet, und Desdemona legte sich in einem verführerischen Pajama auf das Lager, von dem sie nicht mehr aufstehen sollte. Der Schauspiel der entscheidenden Szenen war „die Empfangshalle im Regierungsgebäude zu Jopern“, wo eine Jazzband die stimmungsvolle Begleitung durch die neuesten Foxtrotts und Charlestons schuf und wo Whisky getrunken wurde. Der „Raissoal“, in dem Othello seine berühmte Erzählung vortrug, war durch „einen Raum im Kriegsministerium zu Venedig“ ersetzt. Den Höhepunkt der Modernisierung aber bot die zweite Szene im zweiten Akt, die im „Senderraum der Rundfunkgesellschaft von Jopern“ spielte und in der der Herald durch das Radio ersicht wurde.

Das Experiment. Ein europäischer Reisender hatte kürzlich auf Sumatra ein Erlebnis, das ihm um ein Haar das Leben gekostet hätte. Er mußte eine längere Reise in das Innere dieser Sunda-

insel unternehmen, nur begleitet von eingeborenen Kulis und einigen Mandoers, Eingeborenenaufsehern, die zum Unterschiebe von den Kulis lesen und schreiben können. Den Europäer überkam das in den Tropen verständliche Bedürfnis nach einem kühlenden Bode. Ein scharfger Baldfuß bot Gelegenheit, die lange und ausgiebig ausgehütet wurde. Die Eingeborenen blieben am Ufer und betrachteten den badenden Weißen mit interessierter Spannung. Als er endlich wieder in sein Gewand schlüpfte, erklärten ihm keine farbigen Begleiter, er hätte doch an dieser Stelle „amas, amas“ sein, d. h. sehr vorzüglich sein müssen, denn der Fluß wimmle hier von — Krokodilen! Perplex fragte unter Reisenden, weshalb man ihm das nicht vorher gesagt hätte. Mit den ernstesten Gesichtern von der Welt machten ihm keine Begleiter klar, daß es sich für sie um ein Experiment gehandelt hätte. Es würde immer behauptet, Krokodile fielen keine Weißen an. Sie hätten einmal feststellen wollen, ob das wirklich wahr sei! Das Ergebnis dieses Experiments, das mit einer nachträglichen Wäsche billig bezahlt war, ist überaus charakteristisch für die muhammadanischen Sündensenen. Sie sind von einem unerbittlichen Fatalismus, mit dem sie allen Ereignissen und Meinungen als Schicksalswendungen gegenüberstehen, damit sie sich auswirken können. Der einzelne mag ruhig dabei untergehen; das ist Allahs Wille. Gegen diesen Glauben, der ein wertvolles Mittel der Eingeborenenbewegung ist, wird Europa nicht sobald aufkommen!

Ein Clou der Magdeburger Theaterausstellung. Der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft ist es gelungen, das bedeutsame authentische Material über den Aufenthalt Richard Wagners in München und seine Freundschaft mit König Ludwig II. zur erstmaligen Veröffentlichung auf der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927 zu gewinnen. Es handelt sich um das gesamte Originalmaterial, das bisher von der Krongutverwaltung der bayerischen Regierung streng gehütet wurde. Die bayerische Krongutverwaltung hat sich vor kurzem entschlossen, ihre Schätze zu einem Richard-Wagner-Museum auf Schloß Herren-Christensee zu vereinigen und hiermit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Bevor dies geschieht, wird das gesamte Material nach Magdeburg übergeführt und auf der Theaterausstellung erstmalig der Öffentlichkeit erschlossen.

In der Städtischen Oper wird Sonnabend als Festvorstellung des Reichsoberbundes der deutschen Presse Leo Fall's nachgelassene Operette „Jugend im Rai“ als Gedenkfeier unter musikalischer Leitung Arthur Guttmanns und unter szenischer Leitung Dr. Martin Jidels aufgeführt.

Stephen Zweig liest Sonntag um 8 Uhr, am 4. Diktierabend des Verbandes Deutscher Erzähler, im Herrenhaus aus seinen Werken.

Wal der Flucht vor dem Faschismus. Der italienische Romanschrittsteller Mario Bariani hat ohne Ausreise die Schweizer Grenze überschritten und dringt sich nach Frankreich, wo er sich aufhalten will bis der Faschismus in Italien niedergedrückt ist.

Die Volkszählung in Jugoslawien. Nach dem Ergebnis der staatlichen Volkszählung vom 31. Dezember 1925 gab es am Elbistan im Königreich 19 017 323 Einwohner. Der Konfession nach gab es 5,302 Millionen Orthodoxe, 4,733 Millionen römisch-katholische, 1,37 Millionen Bodommedaner, 0,217 Millionen Protestanten, 0,065 Millionen Juden, 0,042 Millionen Griechen.

Auf dem Wege zur Lächerlichkeit.

Der Landbund in allen Gassen.

Der Landbund scheint den Ehrgeiz zu haben, überall in Deutschland, wo der Wirtschaft- oder sozialpolitische Rückschritt zu fördern ist, den Vogel abzuschlehen. Es ist zwar unermesslich, daß er bei seiner Zusammenfassung vielen Interessen Rechnung tragen muß, aber was er sich in der letzten Zeit leistet, bringt ihm der Lächerlichkeit immer näher.

So hat der Reichslandbund — man muß schon sagen selbstverständlich — durch Gesamtvorstand und Vertreterversammlung die Forderung auf Herstellung der hohen autonomen Zollsätze bzw. der Höhe des schwebenden Handelsvertrages aufgestellt. Er konnte das um so leichter tun, als die Agrarier sich nach der ostentativen Preisgabe der Unterschrift des Herrn Dr. Böglert unter das Freihandelsmanifest die Bundesbrüderschaft der Schwerindustrie wieder gefestigt haben. Es ist auch selbstverständlich, daß der Landbund, nachdem ihm die Schwerindustrie ihre Hilfe versprochen hat, die Forderung nach Zollerhöhung für die Einfuhr von Zucker sich nicht nur zu eigen macht, sondern noch übersteigert. Daß die Herren des Landbundes mit vollen Händen nehmen, wo sie können, ist bekannt. Komisch wirkt es aber schon, daß der Landbund, der von der Sozialdemokratie geforderten Senkung der Zuckersteuer im „Interesse der Verbraucher“ zustimmen will. Aber wie es sich von selbst versteht, muß er, um den ostpreussischen Schnapsbrennern wieder zu gefallen, den „schärfsten Protest“ dagegen erheben, daß die Zuckerverzehrung und Zuckerverteilung mit dem Branntweinmonopol verquickt und die Branntweinsteuer erhöht werden soll. Man muß aber staunen, wenn der Landbund es fertig bringt, das Branntweinmonopol nicht als eine finanzpolitische, sondern ausgerechnet als eine „ernährungspolitische“ Angelegenheit des deutschen Volkes zu bezeichnen.

Der Landbund ist aber auch den Herren von der Industrie die Bezahlung einer Rechnung schuldig. Und wie er vor kurzem Sturm gelaufen ist gegen das Arbeitszeitgesetz, so läuft er jetzt auch Sturm gegen die Vorschläge des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags, die das Arbeitszeitgesetz der Regierung von den schärfsten und gefährlichsten Auswüchsen befreien sollen. Politisierung der Rechtspflege, Befestigung der Unabhängigkeit der Richter, Zerstörung der in der Reichsverfassung garantierten Koalitionsfreiheit, wie sie der Landbund aufweist, die Monopolherrschaft bestimmter Organisationsrichtungen in der Arbeiterschaft, das sind in ein paar Schlagworten die Schreckensbilder, die der Landbund im Dienste des Unternehmertums und im Kampf gegen die Landarbeiterschaft an die Wand malt. Allerdings scheint es dem Gesamtvorstand und der Vertreterversammlung bange zu sein um die Gefolgschaft seiner eigenen Abgeordneten. Denn den Abgeordneten, die sich nicht dem Befehl zur Bekämpfung des Arbeitszeitgesetzes fügen würden, muß mit dem Bannstrahl gedroht werden, daß sie ihre Eigenschaft als Landtagsabgeordneter verlieren würden.

Aber auch den Grundstücks- und Bodenspekulanten spannt sich der Landbund vor den Wagen. Sein Präsident heppt sich auf der Delegiertenversammlung des Schutzverbandes des Deutschen Grundbesitzes, der in der Hauptsache die städtischen Grundbesitzerinteressen wahrzunehmen hat, gegen die „Entrechtung des Privateigentums an Grund und Boden“ durch das Städtebaugesetz Sturm gelaufen. Nicht nur der städtische Grundbesitz, sondern auch der landwirtschaftliche wäre durch dieses Gesetz der Begehrlichkeit der Besitzlosen ausgeliefert.

Man muß schon sagen, für eine Interessentvertretung der Landwirtschaft, die der Landbund sein will, ist das alles etwas viel. Der Landbund scheint zu glauben, daß, wenn er möglichst viel und möglichst über alles schreit, daß dann in demselben Verhältnis auch schon seine Macht und sein Einfluß wachsen. Mag er schreien und sich dadurch am feinsten Rechtswahn berauschen. Es ist aber sicher, daß er gerade in den letzten Monaten um so lauter gemordet ist, je mehr ihn seine lächerliche und unehrliche Pöbelpolitik um die Anhängererschaft unter den breiten Massen des Landvolkes bringt.

Die Schwarze Reichswehr.

Der Femeunterforschungsausschuss des Reichstags beginnt die Untersuchung.

Nachdem der Femeauschuss die Thesen der Berichterstatter Dr. Levi und Dr. Schaeffer über die bayerischen Femeinorde entgegengenommen hatte, beschäftigte er sich mit der Frage, wie die Untersuchung der mit der „Schwarzen Reichswehr“ zusammenhängenden Fälle vorgenommen werden soll.

Abg. Dr. Levi (Soz.) hält vor allem die Einnahme in die Akten des Reichswehrministeriums und der Wehrkreiskommandos für notwendig, damit der Ausschuss über die allgemeinen Zusammenhänge ein Bild bekommt, ehe er zu den Einzelfällen übergeht.

Abg. Landsberg (Soz.) regt an, den Reichswehrminister darüber zu hören, wie die Akten beschafft werden können.

Abg. Dr. Schaeffer (Dnat.): Ich muß mich aus praktischen und grundsätzlichen Erwägungen entschieden gegen die Behandlung der Fälle „Schwarze Reichswehr“ in diesem Augenblick wenden. Der Ausschuss würde damit in schwebende Verfahren eingreifen, denn die Landberger Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Abg. Landsberg (Soz.): Keiner von uns will dem Ausschuss zumuten, daß er sich in ein schwebendes Verfahren einmischt oder nachprüft, ob Gerichtsurteile zu Recht erfolgt sind. Wir haben festzustellen, ob es Femeorganisationen gibt, ob aus solchen Organisationen heraus Femeinorde begangen sind und ob Verbindungen zwischen diesen Organisationen mit Behörden des Reiches oder der Länder bestanden haben.

Abg. Dr. Schaeffer (Dnat.): Wenn wir jemand darüber vernahmen wollen, ob Verbindungen zwischen dem Reichswehrministerium oder einer anderen Stelle bestanden haben, so müssen wir doch zunächst erst feststellen, ob die andere Stelle überhaupt existiert und ob überhaupt Femeinordnungen vorliegen. Das können wir aber erst, wenn die Gerichtsakten vorliegen.

Abg. Passel (Soz.): Wir möchten in die politischen Zusammenhänge hinein.

Abg. Brodau (Dem.) ist der Ansicht, daß man in die Klärung der Frage „Schwarze Reichswehr“ eintreten sollte und könnte. Als einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren könne man dies nicht bezeichnen.

Abg. Creutzburg (Komm.) betont gleichfalls, es handle sich nicht um einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren, sondern um die Feststellung des Hintergrundes.

Vorsitzender Abg. Dr. Schaeffer (Dnat.) betont: Wenn wir die Frage „Schwarze Reichswehr“ nicht in Angriff nehmen, so bin ich überzeugt, daß uns der Landtags-Femeunterforschungsausschuss diese Sache vorweg nimmt. Dagegen bestehen doch starke Bedenken. Darum sollten wir möglichst bald, ohne in die einzelnen Fälle einzudringen, an die Frage „Schwarze Reichswehr“ herangehen.

Abg. Graef-Thüring (Dnat.): Es gibt hier eine Richtung, der die Frage der Erhebung der Landberger Fälle vollkommen gleichgültig ist, die nur das politische Ziel hat, das Reichswehr-

Freie Bahn dem Tüchtigen!

Grzesinski über die Personalpolitik Preußens.

Anlässlich der Beratung des preussischen Haushalts im Staatsrat legte der preussische Innenminister Grzesinski gegenüber den Angriffen der Deutschnationalen und der Kommunisten die Gedanken und Erfolge der zielbewussten republikanischen Personalpolitik des preussischen Innenministeriums dar. Grzesinski, der sich bei dieser Gelegenheit dem Staatsrat vorstellte, dankte zunächst seinem Vorgänger Severing und erklärte, namentlich die Durchführungen und die Zusammenfassung des Beamtenkörpers hätten Anlaß zur Kritik gegeben. Zu den Durchführungen nimmt der Minister auf seine früheren Erklärungen und auf seine Darlegungen im Landtag Bezug. Zu den Durchführungen sei zu sagen, daß die Interessen der Allgemeinheit den Einzelinteressen vorgehen.

Was die geforderte Ueberficht zu den Beamtenbefehlen angeht, so sei zunächst zu sagen, daß es nicht verwaltungsmäßig vorgebildete Herren auch vor der Staatsumwälzung gegeben habe. Es gehe auch von solchen Herren ein frisch pulsierendes Leben aus. Bei der Auswahl sei mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen. In der Vorkriegszeit hätten allerdings ganze Kreise der Bevölkerung auch auf ordnungsgemäßen Wege nicht in die Verwaltung kommen können. Nicht nur für die Arbeiter- und Angestelltenkreise, sondern auch für weite Kreise des Bürgertums sei hier ein Fortschritt festzustellen; hätten doch selbst Nationalliberale in der Verwaltung nicht vorwärts kommen können. Zu wünschen sei, daß auch Leute aus den freien Berufen in die Verwaltung einbringen. Eine Beförderung sei unbegründet. Die Zahl der nicht verwaltungsmäßig vorgebildeten sei gering. Der Minister erklärt, er sei gewillt, da Besserung eintreten zu lassen und gibt die folgende Aufstellung:

Im Jahre 1904 waren von den 488 Landrats- und Oberamtmannstellen 432 ehemalige Assessoren gleich 89 Proz., 1 mit sonstiger akademischer Vorbildung, 21 mit gewisser verwaltungsmäßiger Vorbildung, jedoch ohne Assessorenergenen, und 34 nicht vorgebildet. Am 1. Dezember 1926 befanden sich unter den insgesamt vorhandenen 424 Landräten und Kreisamtsverwaltern 246 Regierungsassessoren gleich 59 Proz. und 104 Gerichtsassessoren gleich 25 Proz. Somit waren vorgebildet 350 gleich 84 Proz. Nicht Beamte hatten akademische Vorbildung, 14 waren nichtakademisch vorgebildete

Verwaltungsbeamte und 44 waren verwaltungsmäßig nicht vorgebildet, das sind 10½ Proz. oder 3½ Proz. mehr als im Jahre 1904.

Bei den Polizeipräsidenten sei ein solcher Vergleich nicht möglich. Die am 1. Dezember 1926 vorhandenen 24 Polizeipräsidenten setzen sich wie folgt zusammen: 14 waren akademisch und verwaltungsmäßig vorgebildet, 1 war nichtakademischer Verwaltungsbeamter und 9 waren verwaltungsmäßig nicht vorgebildet.

Hinsichtlich der Konfession waren 1904 von den 488 Landräten und Oberamtmännern 421 gleich 86 Proz. Protestanten und 67 gleich 14 Proz. Katholiken. Am 1. Dezember 1926 waren 271 gleich 65 Proz. Protestanten, 116 gleich 28 Proz. Katholiken, 27 gleich 6½ Proz. Dissidenten und 2 unbekannter Konfession. Hier fanden sich also zum erstenmal auch Dissidenten, die früher zu diesen Stellen keinen Zutritt gehabt hätten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ergänzte Staatssekretär Wegg die Erklärungen des Ministers durch eine Aufstellung über die Befetzung der Posten von Oberpräsidenten sowie der Regierungspräsidenten und der Vizepräsidenten früher und jetzt. Auch hierbei zeigte sich deutlich, daß die Republik immerhin mit dem Privileg einzelner Berufsklassen und der protestantischen Konfession weitgehend ausgeräumt hat. Es waren Oberpräsidenten im Jahre 1905 12, 11 vorgebildet, 1 nicht; alle 12 Protestanten. Ende 1916: 12 Oberpräsidenten, sämtlich vorgebildet; 11 Protestanten, 1 Katholik. Ende 1926 von 12 Oberpräsidenten 7 Vollakademiker, 5 verwaltungsmäßig nicht vorgebildet, davon 5 Protestanten, 3 Katholiken, 3 Dissidenten, 1 unbekannt.

Vizepräsidenten Ende 1916: 12 vorgebildete, durchweg Protestanten. 1926: 10 vollvorgebildete, 1 nicht vollvorgebildet, eine Stelle unbesetzt; 10 Protestanten, 1 Katholik.

Regierungspräsidenten Anfang 1905: 34 vollvorgebildet, 1 Regierungsreferendar. Davon 28 Protestanten, 7 Katholiken. Ende 1926: 25 vollvorgebildet, 1 ehemaliger Gerichtsreferendar, 5 verwaltungsmäßig nicht vorgebildet; davon 23 Protestanten, 6 Katholiken, 2 Dissidenten. 1 Stelle unbesetzt.

Vizepräsidenten Ende 1916: 35 vollvorgebildet; 33 Protestanten, 3 Katholiken. Ende 1926: 32 vollvorgebildet, davon 23 Protestanten und 9 Katholiken.

Mussolinis Anleihe-Erpressung.

Jeder Kaufmann muß Nationalanleihe hinterlegen.

Rom, 10. Dezember. (W.T.B.) Der Ministerrat hat beschlossen, daß alle Kaufleute und kaufmännischen Genossenschaften einer besonderen Gewerbeerlaubnis der Gemeinden bedürfen. Erlaubnis wird nur unter bestimmten Bedingungen erteilt. Vor allem wird verlangt, daß jeder Kaufmann eine Kaution von mindestens 500 Lire bis höchstens 1000 Lire erlegt, und zwar in Scheinen der gegenwärtigen Nationalen Anleihe. Die Erlaubnis zum Kaufmannsgewerbe wird vom Urteil einer Kommission abhängen, die die Erlaubnis auch verweigern kann, wenn der Kaufmann keine genügende moralische und wirtschaftliche Bürgschaft bieten kann.

Sturm im Sejm.

Das blutgetränkte Hemd eines polizeilich mißhandelten Abgeordneten.

Warschau, 10. Dezember. (W.T.B.) Zu Beginn der heutigen Sejm-Sitzung kam es zu einem Zwischenfall. Der radikale Bauernabgeordnete Ballin richtete durch den Sejmarschall an die Regierung eine dringliche Anfrage, weil er vor einigen Tagen bei einer Veranlassung, die er in den Ostmarken abgehalten hatte, von polnischen Polizisten verschleppt und ohne allen Grund blutig geschlagen worden sei. In der Anfrage wird die sofortige Einleitung einer Untersuchung und strengste Bestrafung der Schuldigen gefordert.

Die Rechte erhob während der Ausführungen des Abgeordneten einen ungeheuren Lärm, um ihn am Sprechen zu hindern. Da der Vorsitzende nicht imstande war, die Ruhe herzustellen, wurde die Sitzung unterbrochen. Dies schien aber nur das Signal zu neuen verstärkten Lärmzügen zu sein, die sich zu einem wahren Sturm steigerten, als Ballin als corpus delicti sein blutüberströmtes Hemd vorwies und es gegen die Bänke der Rechten schleuderte. Von dort wurde das Hemd wiederum unter wilden Schreien gegen die linke Seite des Hauses geworfen, bis es schließlich nach mehrmaligem Hin- und Herwerfen von einem Abgeordneten der äußersten Linken gefaßt und umhergeschwenkt wurde. Dann endlich gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Darauf wurde dann die Tagesordnung ohne weitere Zwischenfälle rasch erledigt. Das Budgetprovisorium des ersten Quartals des kommenden Jahres wurde an den Ausschuss verwiesen und das Pressedelikt, wie erwartet, in zweiter und dritter Lesung vom Hause einstimmig abgelehnt.

Gustav im Glück.

Stresemanns Freude über den Nobelpreis.

Genf, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann gab am Freitag abend vor den deutschen Journalisten eine Erklärung ab, in der er zunächst seine Freude und Genugtuung über die Verleihung des Nobelpreises ausdrückte. Er sehe darin weniger eine persönliche Ehrung als vielmehr ein Symbol der Anerkennung, welche der Politik gezollt wird, die durch die Namen London — Vocarno — Genf — Thoiry gekennzeichnet ist. Das Ziel dieser Politik sei der dauernde Friede unter den Völkern. Er vertraue darauf, daß dieses Ziel erreicht werde, solange Männer wie Friend und Chamberlain, die den Frieden unter Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit wollen und betreiben, die Geschicke ihrer Länder leiten.

Herrn Stresemanns Verdienste um die Verständigungspolitik sind unbestreitbar. Sie sind um so mehr der Anerkennung wert, weil der Welt, den er selbst in den letzten zehn Jahren zurückgelegt hat, nicht klein ist. Im Himmel und in Osto ist über einen reuigen Sünder mehr Freude als über zehn Gerechte. Feinlich ist es allerdings, daß die Partei des Herrn Stresemann gerade jetzt die alte Blutsbrüderschaft erneuert, die sie mit den gänzlich unbefähigten Militaristen von der Rechten verbindet. Feinlich oder eigentlich schon mehr humoristisch ist es, wenn die Presse der Stresemann-Partei die Sozialdemokratie als landesverräterisch beschimpft, ohne deren in gefährlicherer Zeit geleisteter Pionierarbeit Herr Stresemann doch niemals den Nobelpreis bekommen haben würde.

ministerium zu kompromittieren. Das machen wir nicht mit.

Abg. Schulte (Z.) ist der Meinung, der Ausschuss habe dieselben Befugnisse, wie jeder Ausschuss des Reichstages. Er könne also alle Auskünfte erbiten, die er brauche. Solche Punkte, in deren Behandlung man einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren sehen könnte, könnten vermieden werden. Der Ausschuss habe also das Recht und die Pflicht, in die Behandlung der Frage einzutreten.

Abg. Kempes (D. Sp.) stimmt dem Vordröner zu. Die Vernehmung des Reichswehrministers als Auskunftsperson wäre zunächst völlig ausreichend.

Die Abgg. Brodau (Dem.), Schulte (Z.) und Kempes (D. Sp.) widersprechen der Ansicht, daß die Beschäftigung mit den Fällen der Schwarzen Reichswehr als ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren zu betrachten sei. Von den Abgg. Brodau, Schulte und Kempes wird folgender Antrag eingebracht:

„Der Ausschuss gebt zur Untersuchung der mit der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“ zusammenhängenden Vorfälle über, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, damit nicht in ein noch schwebendes Gerichtsverfahren eingegriffen.“

Abg. Dr. Schaeffer (Dnat.) spricht sich gegen diesen Antrag aus.

Abg. Landsberg (Soz.): Ich muß den Vorwurf zurückweisen, daß wir mit den Ausschüssen unser Parteizüppchen kochen wollen. Wir sind von durchaus objektiven Gründen geleitet.

Wir empfinden Schmerz darüber, daß Anklagen, die früher nur in Verwäldern befanden, nach Deutschland importiert worden sind. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, dieses Unkraut, das jetzt auf deutschem Boden gewachsen ist, mit der Wurzel auszurotten.

Der Standpunkt, daß der Ausschuss erst den vollständigen Abschluß eines gerichtlichen Verfahrens abwarten möchte, ist ganz unmöglich. Wir werden den Reichswehrminister über verschiedene Fragen hören müssen, auch darüber, ob er wirklich zu dem Inhalt der uns zu Beginn der Verhandlungen zugegangenen Denkschrift stehen will, deren Bestüre in mir Empfindungen wacherufen hat, über die ich mich hier aus Höflichkeit nicht äußern will.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) beantragt, der Vorsitzende möge gemeinsam mit den beiden Berichterstattern zunächst eine Aussprache mit dem Reichswehrminister darüber führen, wie das Urtenmaterial beschafft werden könne.

Abg. Trochmann (Bayr. Sp.) schließt sich der von den Deutschnationalen vertretenen Auffassung an.

Abg. Creutzburg (Komm.) stimmt dem Antrage Brodau, Schulte, Kempes zu, obwohl es bedenklich sei, den Reichswehrminister als ersten zu vernehmen, weil dadurch von vornherein die ganze Untersuchung in eine verhängnisvolle Richtung gelenkt werden könnte.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag Brodau, Schulte, Kempes angenommen, ebenso der Antrag Dr. Mittelmann. Die nächste Sitzung des Ausschusses soll am Mittwoch nächster Woche stattfinden.

An der franko-italienischen Grenze.

Carabinieri auf französischem Boden.

Paris, 10. Dezember. (E.P.) Nach der Darstellung der französischen Blätter über die „Verbrecher“ jagd an der Grenze zwischen Ventimiglia und Mentone sind italienische Carabinieri bei der Verfolgung des Eisenbahnzuges, in dem sich der geflüchtete italienische Verbrecher befand, auf französisches Gebiet, nämlich nach dem Bahnhof von Mentone gelangt. Ihre Untersuchung dort verlief jedoch erfolglos, da der Gesuchte anscheinend während der Fahrt aus dem Zuge gesprungen war. Zur Rechtfertigung ihres Grenzübertritts erklärten die italienischen Carabinieri, daß ihnen wegen der Gefährlichkeit des Verbrechers und der Dringlichkeit des Falles nichts anderes übrig geblieben sei.

Hochkonjunktur für Banditen.

Mailand, 10. Dezember. (E.P.) Der „Secolo“ meldet aus Pavia: Seit einigen Monaten lebt ein Teil der Bevölkerung der Provinz unter dem Alpdruck einer Verbrecherbande, die die verwegentesten Ueberfälle ausführt. Der Polizei wurden wiederholt Raubüberfälle angezeigt, sogar im Herzen der Stadt Pavia. Der Polizei ist es nun gelungen, zwei der Räuber unerschütterlich zu machen. (Hoffentlich werden die Polizisten das nicht mit Amtsverlust büßen! Red. d. B.)

Die Anarchie in der Textilindustrie.

Ueberstunden. — Kurzarbeit. — Arbeitslosigkeit.

Hier ist die Ueberstundenwirtschaft wiederholt aufs schärfste kritisiert worden. In dem Material, das die freigewerkschaftlichen Verbände der Öffentlichkeit zugänglich haben, wurde nachgewiesen, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit Ueberstunden in geradezu unerhörtem Ausmaße geleistet werden. Jetzt hat auch der Zentralverband der christlichen Textilarbeiter Deutschlands eine Erhebung über die Arbeitszeit in der Textilindustrie veranstaltet, die erneut beweist, daß das Rotgesetz zur Sicherung des Achtstundentages nicht länger auf sich warten lassen darf.

Die Erhebung, die sich über die Woche vom 11. bis 16. Oktober erstreckt, erfaßte 972 Betriebe mit rund 242 000 Arbeitern. In 15 Betrieben mit 49 000 Arbeitern wurde 49 Stunden gearbeitet, in 61 Betrieben mit 18 000 Arbeitern 50 Stunden, in 76 Betrieben mit 30 100 Arbeitern 51 Stunden, in 24 Betrieben mit 4000 Arbeitern 52 Stunden, in 55 Betrieben mit 23 700 Arbeitern 53 Stunden, in 345 Betrieben mit 65 000 Arbeitern 54 Stunden, in 17 Betrieben mit 3400 Arbeitern 55 Stunden. Rund 15 000 Arbeiter in 68 Betrieben arbeiteten mehr als 56 Stunden in der Erhebungswoche.

Daraus ergibt sich, daß in 662 Betrieben mit 165 000 Arbeitern, also in zwei Dritteln der Betriebe mit zwei Dritteln der Arbeiter mehr als 48 Stunden gearbeitet wurde, und rund 83 000 Arbeiter in 431 Betrieben, also ein Drittel der Arbeiter in der Hälfte der Betriebe, arbeiteten länger als 53 Stunden.

Gleichzeitig mit den Ueberstunden herrschte Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. In 310 Betrieben mit 76 000 Arbeitern wurde weniger als 48 Stunden gearbeitet, und zwar in acht Betrieben mit 770 Arbeitern bis 24 Stunden, in 50 Betrieben mit 27 000 Arbeitern 25 bis 40 Stunden, und in 222 Betrieben mit 49 000 Arbeitern 41 bis 48 Stunden.

Das Ergebnis dieser Erhebung zeigt, daß in der Textilindustrie gar keine Rücksicht genommen wird auf die Arbeitslosen, die in dieser Industrie noch vorhanden sind, denn trotz der wesentlichen Besserung in der Textilindustrie ist die Zahl der Arbeitslosen immer noch sehr erheblich. Von den Mitgliedern des Zentralverbandes waren in der Erhebungswoche rund 85 Proz. erwerbslos und 40 Proz. arbeiteten bis 48 Stunden. Dieser Anarchie, die verbunden ist mit einem systematischen Vordrücken, muß schleunigst ein Ende gemacht werden.

Generalaussperrung der Schuhmacher.

Weil sie Lohnhöhung fordern.

Frankfurt a. M., 10. Dezember. (WZ.) In einer bedeutenden Offenbacher Schuhfabrik hat ein Teil der Arbeiterschaft ohne Einhaltung der Kündigungsfrist unter Bruch des Arbeitsvertrages die Arbeit niedergelegt. Von gewerkschaftlicher Seite ist das Verhalten dieser Arbeiter gebilligt und die übrige Belegschaft aufgefordert worden, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären, eine Zusammenarbeit mit Erfagkräften zu verweigern und so eine Schließung des Betriebes zu erzwingen. Auch in Mainz haben bereits zwei Betriebe wegen Streiks und Kündigung die Arbeit eingestellt. Die Vereinigten Schuhindustriellen des Mainraumes haben darauf sich mit den betroffenen Firmen einstimmig solidarisch erklärt und beschlossen, von den Gewerkschaften bis heute mittag eine Erklärung darüber zu verlangen, daß sofort in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird, sämtliche Forderungen und Kündigungen zurückgezogen werden und eine geordnete Aufrechterhaltung und Weiterführung sämtlicher Betriebe des ganzen Gebietes gesichert wird.

Dieses Ultimatum ist von den Gewerkschaften nicht befolgt worden, so daß nunmehr sämtliche Betriebe der Schuhindustrie des Mainraumes sofort der gesamten Belegschaft kündigen und nach Ablauf der Kündigungsfrist die Generalaussperrung verhängen werden. In gleicher Weise wird voraussichtlich auch in den übrigen Bezirken des Deutschen Reiches verfahren werden, so daß

eine Generalaussperrung in der gesamten deutschen Schuhindustrie

nicht ausgeschlossen erscheint. — Wie die Frankfurter „Volksstimme“ hierzu meldet, hat eine Anzahl Firmen die Kündigung bereits ausgesprochen. Zwei Firmen, bei denen Hauschuhe hergestellt werden, hätten jedoch erklärt, daß sie sich dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes nicht fügen würden. Sie wollten ihren Arbeitern nur kündigen, wenn eine Generalaussperrung für das ganze Reich in Betracht komme. Die beiden Firmeneinhaber hätten eine Sitzung des Zentralverbandes der Unternehmer beantragt, die am heutigen Freitag in Berlin stattfinden, und in der endgültige Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Berlin, 10. Dezember. (WZ.) Der Hauptauschuh der Arbeitgeberverbände der deutschen Schuhindustrie hat heute im Hinblick darauf, daß in einer Reihe von Bezirken und Betrieben teilweise unter Bruch der einzelnen Arbeitsverträge Lohnforderungen gestellt worden sind, die sowohl in Rücksicht auf die Geschäftslage der Schuhindustrie als auch in Rücksicht auf die Höhe der allgemeinen Lohnlage in derselben als unberechtigt und unerfüllbar anzusehen sind, einstimmig beschlossen, für nächste Woche eine Generalversammlung einzuberufen, um in dieser die Generalaussperrung in sämtlichen deutschen Schuhfabriken zu beschließen.

Die Sabotage des Betriebsrätewesens.

Wie dringend notwendig besonders gesetzliche Sicherungen für das Wirken und Arbeiten der Betriebsräte sind, zeigen die soeben veröffentlichten Berichte der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1925. Die Zahl der vertretungslosen Betriebe ist weiter gewachsen. Die Wahlenthaltung ist besonders stark in kleineren und mittleren Betrieben. Im Magdeburger Bezirk ist allein in einer Gruppe von 42 Betrieben mit je 20 bis 200 Arbeitern das Fehlen eines Betriebsrates festgestellt worden. Im Barmer Bezirk befinden sich Betriebsräte nur in Anlagen mit mehr als 100 Arbeitern. Fast überall zeigt sich das gleiche Bild; nur Hamburg macht eine Ausnahme. Dort ist die Zahl der Betriebe, in denen ein Betriebsrat

besteht, von 997 (1924) auf 1936 (1925) gestiegen. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der Betriebsratsmitglieder von 3729 auf 4179 erhöht.

Die Ursachen dieser rückläufigen Entwicklung sind bekannt. Wer sich für seine Arbeitsetzungen einsetzt, sagt den Akt ab, auf dem er sitzt. Wenn nicht das Betriebsrätewesen in kleineren und mittleren Betrieben vollständig zusammenbrechen soll, dann müssen die notwendigen Reformen so schnell wie möglich in die Betriebsrätegesetzgebung eingebaut werden.

Aus dem Königreich Stingl-Rex.

Wie man soziale Pflichten abwägt.

Ein Helfer, der etwa zwei Jahre beim Postamt C 2 beschäftigt war, wurde nach erfolgter Kündigung am 6. Oktober entlassen und erhielt ein Abfertigungsgeld in Höhe eines Wochenlohnes. Am 11. Oktober wurde er wieder eingestellt und mußte das Abfertigungsgeld zurückzahlen.

Der Helfer ist der durchaus begründeten Meinung, daß durch die Zurückforderung des Abfertigungsgeldes zum Ausdruck gebracht wurde, daß es sich nicht um eine Neueinstellung, sondern um die Fortsetzung des alten Arbeitsverhältnisses handele. Deshalb erhob der Helfer, der nach kurzer Zeit wieder entlassen wurde, Einspruch beim Gewerbegericht.

Der Vertreter der Verwaltung sagte, die Rückforderung des Abfertigungsgeldes lasse nicht den Schluß auf Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zu. Das Abfertigungsgeld sei eine freiwillige Leistung, die nach den geltenden Bestimmungen zurückzufordern sei, wenn der Betreffende nach kurzer Zeit wieder beschäftigt werde.

Die Klage wurde abgewiesen, weil dem Kläger bei seiner Wiedereinstellung am 11. Oktober gefogt wurde, er habe einen erstklassigen Beamten für die Dauer der Krankheit zu vertreten, es habe sich also nur um ein vorübergehendes Arbeitsverhältnis gehandelt und gegen die Entlassung am 6. Oktober sei kein Einspruch erhoben.

Hier hat sich also die Postverwaltung, indem sie den Kläger ausdrücklich für ein vorübergehendes Arbeitsverhältnis einstellte, formell vor den Folgen der Einspruchsklage gesichert. Doch auch dieser Fall ein Beispiel für das bei der Post herrschende unsoziale System ist, das betonte der den Kläger vertretende Betriebsratsvorsitzende, indem er ausführte, beim Postamt C 2 werde den Helfern, die entlassen werden, stets gesagt, sie dürften sich nicht nach anderer Arbeit umsehen, denn sie würden bald wieder eingestellt. Das sei das bekannte System, wonach immer nur kurze Arbeitsverhältnisse begründet werden, damit die Helfer nicht in den Genuß der Rechte aus einem längeren Arbeitsverhältnis kämen.

Die Gewerkschaft habe sich deswegen bei der Oberpostdirektion beschwert und diese habe erklärt, daß sie ein solches Verhalten der Verwaltung des Postamtes nicht billige. Erreicht sei dadurch aber nichts weiter, als daß das Postamt C 2 die Entlassenen nicht nach ein oder zwei, sondern erst nach acht bis vierzehn Tagen wieder einstelle. An dem System selbst sei dadurch aber nichts geändert.

Bezüglich des gegenwärtigen Falles bemerkte der Betriebsratsvorsitzende, der Personalchef des Postamtes C 2 habe zu dem Kläger gesagt, wenn er keine Klage zurückziehe, dann werde er wieder beschäftigt. Wer gegen die Post klagt, der werde nie wieder eingestellt, der sei für die Post erledigt.

Dieses Verhalten des Personalchefs sieht einer Erpressung sehr ähnlich. Wenn er mit der Drohung des dauernden Ausschlusses von der Arbeit die Rücknahme einer Klage zu erzwingen sucht, dann muß er wohl selbst der Meinung sein, daß sein System vor Gericht nicht bestehen kann. Es ist höchste Zeit, daß mit dieser unsocialen Unternehmerrpraxis bei der Post endlich ausgeräumt wird.

Wohnungseld der Landarbeiter.

Wie entsetzlich das Wohnungseld der Landarbeiter ist, beweist unter anderem ein Bericht, der dem Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes in diesen Tagen aus Schlesien und zwar aus dem Kreise Breslau-Land zugegangen ist. Der Bericht stützt sich auf Besichtigungen, die unter Beteiligung von Vertretern behördlicher Stellen durchgeführt wurden. Wir registrieren:

In Pashowitz herrschen ebenfalls trostlose Zustände. Obwohl das Schloß von herrlicher und wunderbarer Aufmachung ist, hat man für die Landarbeiter nichts übrig. Die Klosterranlage besteht aus vier Bretterwänden. Als Sitzgelegenheit dient ein Knäuel. Die Leute müssen sich gegenseitig festhalten, um nicht in das Loch zu fallen. Für Kinder ist die Anlage überhaupt nicht zu benutzen, da das mit Lebensgefahr verbunden ist. Ein Abfluß der Schmutzwasser ist nicht vorhanden. Der Brunnen mußte wegen Seuchengefahr geschlossen werden. Alles Wasser müssen die Arbeiter bei einem kleinen Behälter holen, da der große alles verkommen läßt.

Auf dem sogenannten Rosenvornwerk gibt's anstatt Rosen bitterstes Eld. Dort hausen deutsche und polnische Landarbeiter eng zusammen. Die deutschen Arbeiter besitzen eine Wohnfläche von 12 Quadratmetern, die ausreichen muß, um Familien mit acht, neun und zehn Kindern unterzubringen. Im Sommer sind die Wohnungen heiß im Winter bitterkalt. Ungezieferei gibt es in Hülle und Fülle. Die Klosterranlage wird von Deutschen und Ausländern besucht. Für 50 Menschen sind dort zwei Böden ohne Abfluß vorhanden. Es läuft alles daneben. — Nachdem dann die Verhältnisse auf dem Gute Gniewitz geschildert werden, fährt der Bericht fort:

Es wurden noch mehr Güter besucht. Es würde ins Unermessliche führen, wenn wir das Gesehene alles wiedergeben wollten. Die Herren, die daran teilgenommen haben, mußten doch anerkennen, daß es nicht leere Reden sind, die der Deutsche Landarbeiterverband führt, sondern daß es oft noch schlimmer ist, als er es schildert. Die Herren mußten auch zugeben, daß bei solchen Verhältnissen es keinem Landarbeiter zugemutet werden kann, mit Freuden seine Arbeit zu verrichten und daß dann die Landflucht kein Wunder ist.

Wie bitter war es doch, zu sehen, daß die kleinen Kinder in der verschlossenen Stube sitzen mußten, sich selbst überlassen. In anderen wieder die etwas größeren mit Hausarbeiten beschäftigt, um der Mutter für den Mittag ein Teil Arbeit zu sparen, da ihre Zeit ja kurz ist. Kartoffeln, Kohlen und Handwerkszeug in einer nassen Stube. Die Möbel, die vom letzten Lohn erstanden sind, verkaufen nach kurzer Zeit. Die Kinder sind blaß und verkommen. Krankheiten treten auf, nur weil die Leute für den zu arbeiten haben, der sich angeblich ihr Brotherr nennt.

Soweit der Bericht. Man sieht sich dabei unwillkürlich an den Kopf und fragt sich, wie solche Mißstände in einem kultivierten

Staate noch möglich sind. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die Landarbeiter in dem Kulturstaat Deutschland zum erheblichen Teil schlechter als das Vieh leben müssen.

Sind denn diese Zustände den Regierungsstellen bisher vollkommen entgangen? Sind die Regierungsstellen denn vollkommen blind gegen das, was sich in den landwirtschaftlichen Betrieben zeigt? Oder betrachtet man diese Dinge als ein Pflänzchen Rührmichnichten, das man nicht einmal kritisieren darf?

Die polnischen Wanderarbeiter.

Vorläufiges Abkommen mit Polen.

Endlich ist zur Regelung der Verhältnisse der polnischen Wanderarbeiter zwischen Deutschland und Polen nach fast zweijährigen, mit Unterbrechungen geführten Verhandlungen ein vorläufiges Abkommen abgeschlossen worden. Die Verhandlungen begannen im Frühjahr 1925 und wurden nach einer Unterbrechung im Herbst vorigen Jahres auf polnische Anregung zu Beginn d. J. wieder aufgenommen. Im Februar werden neue Verhandlungen zum Abschluß eines endgültigen Abkommens beginnen.

Der Inhalt des Abkommens umfaßt in der Hauptsache die Fragen der Anwerbung, des Arbeitsvertrages und der Rückwanderung. In dem Arbeitsvertrag werden die polnischen Wanderarbeiter den einheimischen Landarbeitern gleichgestellt. Die Haupt-schwierigkeiten lagen in der Rückwanderungsfrage. Es kam darauf an, daß auch die schon in früheren Jahren nach Deutschland gekommenen polnischen Wanderarbeiter wieder in die Wanderung einbezogen wurden. Dieses Problem ist in einer Deutschland befriedigenden Weise gelöst worden. Ebenso wurde die Anwerbung für das nächste Jahr geregelt.

Angefaßt der überaus schleppenden und schwierigen Entwicklung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, sowohl des Handelsvertrages wie der Niederlassungsverhandlungen, ist die Entscheidung auf sozialpolitischem Gebiet, wie sie in der Wanderarbeiterfrage vorliegt, besonders zu begrüßen, zumal sie den deutschen Interessen durchaus gerecht wird.

Die Notlage der Saararbeiter.

Saarbrücken, 10. Dezember. (WZ.) Die gestrige Vollversammlung der Arbeitskammer des Saargebietes ließ die große Erregung weiter Arbeitnehmerkreise über ihre derzeitige Lage erkennen. Es wurden die großen Schwierigkeiten besprochen, die sich aus der starken Frankfurter ergeben. Teilweise kam es zu einer erregten Aussprache über den Preisabbau und die von den Arbeitnehmermitgliedern geforderte Aktivität der Oberpreiskommission. Außerdem wurde von den Gewerkschaften, sowohl von den Christlichen als auch von den freien, ein Antrag eingebracht, der von der Regierungskommission in der Richtung der Forderung der Abschaffung der gewerkschaftlichen Genossenschaftssteuer und ist bereit, die Lohnfrage ohne weiteres dem Schiedsgericht zu unterbreiten. Auf dieser Grundlage wird die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen.

Erfolg der Diamantarbeiter in Antwerpen.

Brüssel, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Antwerpener Diamantarbeiterausperrung haben die Arbeiter einen wichtigen Sieg davongetragen. Der Unternehmerverband, der von einem Teil seiner Mitglieder im Stich gelassen wurde, verzichtete auf die Forderung der Abschaffung der gewerkschaftlichen Genossenschaftssteuer und ist bereit, die Lohnfrage ohne weiteres dem Schiedsgericht zu unterbreiten. Auf dieser Grundlage wird die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen.

Zur Lohnbewegung der tschechischen Bergarbeiter.

Prag, 10. Dezember. (WZ.) Heute erschien bei dem Minister für öffentliche Arbeiten eine Deputation der deutschen und tschechischen Bergarbeiterorganisationen. Der Delegationsführer Prossig verwies darauf, daß die Bergarbeiter bereit sei, zu verhandeln, damit die Frage der Lohnhöhung auf friedlichem Wege gelöst werden könne. Der Minister versprach, Maßnahmen im Sinne der von der Delegation vorgelegten Forderungen zu ergreifen. Zunächst soll eine gemeinsame Beratung der Bergwerksbesitzer und der Führer der Bergarbeiter stattfinden.

Amnestie für die englischen Bergarbeiter.

London, 10. Dezember. (E.P.) Lord Birkenhead, der den erkrankten Premierminister vertritt, empfing gestern Abend eine Abordnung von Vertretern der Arbeiterpartei und des Kongresses der Trade Union, die wegen einer allgemeinen Amnestie für die während des Ausnahmezustandes zu Gefängnisstrafen verurteilten Arbeiter vorstellig wurden. Birkenhead erklärte, daß gewisse Bestimmungen einer allgemeinen Amnestie gegenüberständen, daß er aber, um die Delegation nicht mit dem Eindruck zu verlassen, daß die Regierung diesem Gebanen ablehnend gegenüberstehe, die wichtigsten Fälle sich zur Prüfung vorlegen lassen wolle.

Eine Dachdeckerlehrlingschule ist vom Zentralverband der Dachdecker in Frankfurt a. M. eingerichtet worden.

Der Unterricht findet im Erholungsheim der Frankfurter Arbeiterkammer (Eimershäuser Mühle) statt. Die Teilnehmerzahl ist zunächst auf 30 beschränkt. Es handelt sich um eine Art Berufsschule. Der Unterricht greift über den der Fach- und Gewerbeschule hinaus; er umfaßt z. B. neben Materialkunde das große Gebiet des Lehrlingsrechts, Staatsbürgerkunde, Bauarbeiterrecht, Unfallversicherungsgesetzgebung, Krankenkasse, Invalidenfürsorge usw. Der Zentralverband der Dachdecker will in der Lehrlingschule Jahr für Jahr einen größeren Teil der im Verband irgendwie tätigen jugendlichen Kollegen fortbilden und damit einen Stamm von jungen Leuten heranziehen, die durch ihre auf der Schule erworbenen Kenntnisse zunächst in ihrem Kreise wirken und später auch für die Gesamtbewegung Dienste leisten können.

SPD-Metalarbeiter des 16. Bezirks! Montag, 13. Dezember, 5 Uhr, im Lokal von Axel Utrichter, Ecke Dampfbadener Straße, Metallearbeiterversammlung aller SPD-Genossen. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Partei- und Gemeindeführer teilnehmen.

Freie Gewerkschaft Jugend. Deute, Sonnabend, 7 Uhr, Filmabend in der Kulturabteilung des Deutschen Metallearbeiterverbandes, Lützenstr. 197. Die Biene Waja. — Die Koloniatoren eint und leht. — Scherzfilme.

Verantwortlich für Politik: Fr. Curt Geert; Wirtschaft: Ernst Gehrman; Gewerkschaftsberichterstattung: J. Steiner; Kulturellen: R. S. Dichter; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glöck; Sämtlich in Berlin. Berlin: Nordwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierin 2 Beilagen und „Unterhaltungs und Witz“.

Vorteilhaftes Weihnachts-Angebot!

Herrn-Ulster mit Rückengurt und Falte in mittel-grau, braun, blau, grün, Winter-Obervest. M. 90.—, 97.50, 45.— 39.—	Paize von M. 210.— von M. 150.— von M. 180.— von M. 150.— von M. 62.50	Entzückende Rodeo-Garnituren in reiner Wolle und großer Auswahl in modernen Farben für Kinder und Erwachsene	Oberhemden, weiß, Flügelfalten- Elaoset. 10.50	Jünglings-Winter-Mäntel 1- u. 2-jährig, mit Rückengurt aus Diagonal u. wolleartigen Cheviot. M. 35.—
Herrn-Ulster schwarz, braun, grün, grau meliert, Winterware mit Absteife und Ueberkato. M. 75.—, 70.—, 65.— 65.—	Für das Heim! Wass-Smoking aus grau, blau und braun, Flanellstoff. M. 18.—	Aus unserer Woche-Abteilung: Oberhemden, farbige Pullover und Zephyr mit u. ohne Krage. 3.95	Unter-Saruituren in farbiger, guter Qualität. M. 8.—	Jünglings-Winter-Ulster 1- u. 2-jährig, meliert Cheviot, M. 39.—
Herrn-Ulster dunkel bla meliert, Winter-Obervest gute Qualität mit Absteife. M. 105.—	Samt-Sakkos u. Vajvel, sehr gute Qualität mit Borde eingefaßt. M. 78.—	Rosenblätter - Garnituren, sehr elegant. M. 3.—	Selbstkinder, moderne Muster und Farben. M. 1.35	Knaben-Winter-Mäntel 1- u. 2-jährig, meliert Cheviot, M. 17.25
Herrn-Ulster dkt. braun, Veleur-grün, Ueberkato 130.—	Schlafhübsche u. braun, Pongee, blaunen Dessais, ganz gebleicht und waltiert M. 31.—	Selbstkinder, moderne Muster und Farben. M. 1.35	Schleifenbinder Lweißschwarz und farbige M. 1.50	Knaben-Kleider Anzüge 1- u. 2-jährig. M. 8.75
Winter-Paletots 1- u. 2-jährig, schwarz u. marone u. Nami-Kragen M. 116.—, 90.—, 75.—, 60.—, 55.— 48.—	Haus-Anzüge aus braun, rot, braun, dunkel, bla Veleur mit Tuchbesatz. M. 85.—	Selbstkinder, moderne Muster und Farben. M. 1.35	Mäntel / Sobal Kette Sandstein Lweißschwarz Answahl	Geier Pyjacks warm gefüttert u. blaunen Melton, Cheviot Größe 2. M. 11.25
Gehrock-Paletots eing. Veleur u. vorzüg. Pelzwerk in schwarz und marone Cheviot M. 126.—, 115.—, 95.—, 85.— 62.—				

Esders & Dyckhoff
GERTRAUDENSTR. 8-9 AN DER PETRIKIRCHE
BERLIN C 19 • Zweiggeschäfte: H. Dyckhoff, Hamburg • H. Dyckhoff, Bremen • H. Esders & Dyckhoff, Köln a. R.
Unser Geschäft hat an beiden Sonntagen vor Weihnachten geöffnet!

Bleyle's Hosen, Sweater und Anzüge

Die Kanonen Kirche!



„Die Zeit des Weltkriegs ist die Zeit der Evangelisation“ — so konnte man häufig zu Beginn des Krieges lesen, als der Geistlichkeit die Aufgabe zufiel, den Gegensatz zwischen Glauben und Krieg zu überbrücken. Aber die Frömmigkeitswelle verebbte bald und nach dem Zusammenbrüche der Kaisermacht waren Kirchenaustritte und Sektensbildungen charakteristische Zeichen der Zeit. Eine der letzteren, die ihren Ausgangspunkt von dem aufgeklärten Berlin genommen hat, soll im Nachstehenden einer Schilderung unterzogen werden.

Die Kirche Johannis

heißt mit ihrem vollen Namen: Evangelisch-Johannische Kirche nach der Offenbarung St. Johannis. Ihr Stifter und Oberhaupt ist Joseph Weihenberg in Berlin-Köpenick. Er soll den Weg vom Maurer über die Zwischenstufe Heilmagnetiseur zum Religions- und Kirchenstifter zurückgelegt haben; in Lindenwalde gibt es noch Arbeitskollegen von ihm, die ihn in seiner ersten Tätigkeit kennen gelernt haben. Die von ihm gegründete „Kirche“ hat die Anerkennung der Staatsbehörden erhalten. Mit der leersorglichen Tätigkeit dieser Sekte ist aber auch ein Gesundbeten und eine Geistesbeschwörung durch „Jungenreden“ namentlich der Schwestern verbunden. Zwei üble Erscheinungen, die man schon aus früheren Jahrzehnten als Zeichen religiöser Ueberbiththeit anzusehen gewöhnt ist und die in ihren Wirkungen auf Gemüt und Verstand weiterer Volkstreuhe höchst schädlich sind. Mit Vernunftgründen diesem Irrwahn zu Leibe zu gehen, ist ein hoffnungsloses Beginnen. Da in der weiteren Umgebung Berlins diese „Kirche“ schon eine ganze Reihe von Anhängern hat, wird man bei häufiger Fahrt in den Vorortzügen „Brüder“ und „Schwestern“ in Glaubensunterhaltungen antreffen — wehe dem Unglücklichen, der mit einem Wort der Vernunft dazwischen fahren würde: er und jene reden aneinander vorbei; da Logik und Wunderglaube nun einmal unvereinbar sind.

Was die Theologen sagen.

Da der evangelischen Geistlichkeit die Zahl der Austritte aus der Kirche Sorge bereitet, sieht sie im Kampf gegen die neue Sekte. Einer ihrer Wortführer, Pfarrer Eberhard, charakterisiert den Gegner wie folgt: „Weihenberg nennt sich gern den Propheten der Endzeit. Die Bibel kennt auch einen Propheten der Endzeit. Aber das ist ein falscher Prophet, der im Dienste des Teufels die Menschen verführt durch seine Zeichen und Wunder. Er teilt nachher das Schicksal Satans.“ — Die von evangelischer Seite angeführte Behauptung, daß Weihenberg von sich als von dem heiligen Geist, der dritten Gottheit im Fleische, spräche, wird von den Weihenbergern bestritten; sie sagen aber, daß die lieben Geistfreunde aus Himmelshöhen ihnen die Kunde bringen, und „sie sagen's nach“. Wörtlich aus dem Briefe eines Vorstehers: „Wir Weihenberger glauben das, daß in Herrn Weihenberg der heilige Geist und der heilige Geist das dritte Wesen der Gottheit ist.“ Subtile Unterscheidungen, die an frühere dogmatische Fäulnisse anknüpfen! — Ueber das „Jungenreden“ teilt Pfarrer Eberhard mit: „Während des Gesanges brach ein junges Mädchen

hintenüber in Verzückungszustand. Raum verstümmte das Lied, da begann das Mädchen zu reden oder richtiger „es redete aus ihr (!)“. Der „Geistfreund“ meinte durch sein Medium, daß diese Zeugnisse aus der Geisterwelt auch dazu dienen, das freihetliche Empfinden des deutschen Volkes zu bekämpfen! Wie empfindlich die Weihenberger gegen jede Art von Kritik sind, zeigt die Art, wie sie gegen den Geistlichen vorgehen, der sich ihnen in den Weg stellt: Der Betreffende sei innerlich ein Anhänger Weihenbergs und hätte nur nicht den Mut, öffentlich sich zu ihm zu bekennen, denn er müßte damit rechnen, sein Amt zu verlieren.

Wie die Liebe, geht auch die Religion nicht durch das Gemüt, sondern auch durch den Magen und sogar durch die Wohnung. Der „Meister“ erkannte die Sehnacht nach dem Siedlungslande und schuf die „Christliche Siedlung Waldfrieden“, die im Besitz der Glauer Berge und der Wirtschaft Waldfrieden in Blankenfe im. In dem reizvollen berg-, wald- und wasserreichen Gebiet des unteren Laufes der Nuthe gelegen, streckt sich das Siedlungsgebiet dem Ort O t a u zu. Erkundigt man sich in Glau nach dem Siedlungsterrain, so erhält man die Antwort: soweit die Berge abgeholzt sind — gewiß charakteristisch für die alteingesessene Bevölkerung. Aber vielleicht will der Meister dort Roggen und Weizen säen — mit seiner Wunderkraft auch die Erde zwingen. Vorläufig ist die Siedlung am Abhang der Berge angelegt, dicht an der Landstraße. Bedrohlich sind die beiden Kanonen, die das Siedlungsgebiet, den „Glauerhof“, bewachen, selbst erscheinen die über der Eingangspforte stehenden geriffelten schwarze Fahnen — man weiß doch gleich, welcher Art das politische Glaubensbekenntnis dieser Weihenberg-Christen ist, daß selbst hier, wo nur „Brüder“ und „Schwestern“ wohnen, der Stachel nicht fehlt, zeigt auf die Möglichkeit disharmonischer Beziehungen untereinander. Etwa 25 Häuser dürften fertiggestellt sein, und zwar sind sie von Handwerkern erbaut, die jetzt darin wohnen. Einige Pensionäre sollen sich gleichfalls angesiedelt haben. Da jedes Mitglied der Kirche Steuern, ist Baugeld vorhanden, und das Ansehen der Siedler an den Kreistag, Geld zu geben, konnte abgelehnt und mit einer Garantieübernahme beantwortet werden.

Vom Gesundbeten.

Der Meister würde nicht den Ansprüchen seiner Gläubigen in vollem Maße gerecht werden, wäre ihm nicht die Gabe angedichtet worden, durch Gebet Kranke zu heilen, sowie durch Tee und Kräutern, die seinen Namen führen, zur Erhaltung der Gesundheit beizutragen. Pfarrer Eberhard berichtet von einem tragischen Fall: Ein Kind wird krank, der Vater will keinen Arzt holen: „Mein Kind stirbt nicht. Bruder Weihenberg hat's gesagt.“ Das Kind stirbt doch und jetzt äußert sich der Vater dahin, daß Bruder Weihenberg gewußt habe, daß das Kind sterben werde. Aber das Kind sei gar nicht sein Kind, wohl nach Fleisch und Blut, aber Weihenberg habe in seinen Leib die Seele des Fräulein v. T. gebracht. Diese Seele habe keine Ruhe gehabt, seitdem das Fräulein v. T. das ihr gehörige Land (auf dem sich jetzt die Siedlung Weihenbergs befindet) verlassen hätte. Mit der Bestattung des Kindesleibes sei nun der Seele wieder ein Stückchen Erde zu eigen geworden. — O heilige Einfalt! möchte man ausrufen, wenn man nicht die Fäden eines geschickten Regisseurs spürte, der sich heraus-

zureden versteht, wenn es schief geht. Ein anderer Fall: Einer gefunden, kräftigen Frau macht die Stillung ihres Neugeborenen Beschwerde. Die Bitte um ein Gebet mit Fernwirkung geht ab und der Erfolg stellt sich prompt ein. Auf einem Marsche zeigen sich von allen Seiten drohende Unwetter: ein Gebet beschwört die Gefahr für die gläubige Schar, während rechts und links die Wetter toben!

Der „Meister“ als Verleger.

Schade, daß man ihn nicht als Kollegen ansprechen kann aber klügerweise läßt er für den Inhalt seines Organs „Die Wahrheit“ einen anderen als verantwortlichen Redakteur zeichnen. Den Drucker dieses vier Seiten umfassenden, zweimal monatlich erscheinenden Blattes zu nennen, hält der Meister offenbar nicht für nötig. Der Inhalt: Wiedergaben der Worte der Geistfreunde, die sich durch Brüder und Schwestern offenbaren. Der Redakteur wie der Nichtreligiöse muß von diesem, ans Wahnmäßige streifenden Geschwafel sich angeekelt fühlen — aber zu dem Mitleid für die Leser gefüllt sich die Verachtung, wenn man sieht, wie strupplos die Fabrikanten dieser Geisterauslassungen die Gelegenheit benutzen, um gegen Republik, Freiheit, Sozialismus zu hetzen! In der zum Buchtag erschienenen Nummer sieht eine Geisteräußerung von unserem großen Theoretiker Karl Marx (durch eine liebe Schwester aus Spandau übermittelt!), in der dieses „alte Sozialistenherz“ erzählt, wie groß die Freude im Himmel ist über die Schar, die neuangekommen ist: Revolutionsgezeiten und Märzgefallene, die einst von der Macht der Finsternis geküßelt. Die Rede schließt mit den Worten: Es ist nicht nur ein Schaf, nein, es sind viele hundert Schafe hinaufgegangen in das ewige Licht, und ich darf ihr Führer sein.“ Daß dieser sozialistenfeindliche Geisterfreund schon ein Vorbild gehabt hat, wird ihm verborgen sein: schon 1913 brachte das Organ deutscher Spiritualistenvereine „Wahres Leben“ einen Artikel „Babels Reue“ mit ähnlichem Quatsch.

Welches wird die Zukunft dieser „Kirche“ sein? Wird unsere kritische Zeit diese Art Verblüdung gegen den gefunden Menschenverstand auf die Dauer ertragen können? Zerbrechen wir uns darüber nicht die Köpfe, fordern wir aber, daß der Staat da einschreitet, wo Irrwahn und großgezüchteter Dünkel Gefahren für das Volk heraufschwören.

Nachmals: „Unsoziale Universitätsbureaucratie.“ Zu unserem Artikel: „Unsoziale Universitätsbureaucratie“ wird uns mitgeteilt, daß die Arbeiterstudierenden sich bei ihrem Besuch um Erlaß der erhöhten Immatrikulationsgebühr offensichtlich an die falsche Stelle gewandt haben. Dem zuständigen Universitäts-oberinspektor wenigstens ist das Besuch nicht übermittelt worden. Wie uns die Vereinigung sozialdemokratischer Studenten mitteilt, wäre das Besuch bei ordnungsgemäßer Behandlung wohl ohne Zweifel positiv erledigt worden. Im übrigen machen wir die Arbeiterstudierenden darauf aufmerksam, daß die Zurückzahlung der 10 M. Strafgebühren durch das Universitätsbureau erfolgt. Bei irgendwelchen Zweifelsfragen mögen sich die Studierenden bei Gerhard Kramer, Berlin-Spandau, Földerichstr. 92 I Auskunft holen.

Die Wunder der Klara van Haag.

35] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.

„Über guten Tag, guten Tag, Professor Juhl.“ begrüßte ihn Frau Klara.

Der kleine Herr greift in die Brusttasche, holt ein Etui heraus, das er mit einem kleinen Knall öffnet und setzt den goldenen Kneifer auf die Nase. Dann erst läßt er ein Lächeln sich ausbreiten und sagt: „Ja, hier bin ich also, liebe Freundin!“

„Willkommen! Wo in aller Welt kommen Sie mit dem kleinen Dampfer her?“

Der Professor verzieht sein Gesicht und macht eine Handbewegung, daß er wohl von irgendeinem gleichgültigen Orte käme, der mit der Sache nichts zu tun habe.

„Haben Sie geschrieben? Ich habe keine Antwort von Ihnen bekommen.“

„Ne. Warum sollte ich schreiben? — Haben Sie kein Abendbrot im Hause?“

„Doch, doch, lieber Professor!“

„Was denn?“

„Was denn? Alles. Glauben Sie, ich weiß es!“

Der Professor sagt düster bei sich: „Biseshcht hätte ich doch schreiben sollen.“

„Aber Sie können selbst bestimmen.“

„Kann ich? Gut, dann will ich von den Fischen draußen im Wasser haben. Ich will gebratenen Aal haben, jawohl!“

„Kommen Sie mit und hören Sie selbst, wie ich dem Mädchen bescheid sage.“

„Hedwig,“ sagte sie, als sie oben sind, „hier ist ein Professor, der heute abend gebratene Aale haben will.“

„Jawohl!“ sagt Hedwig mit Nachdruck.

Der Professor sieht hell in die Zukunft. „Prächtiges Mädchen,“ sagte er, während er seinen Mantel aufhängt.

„Aber was sind das für Stimmen?“ sagt er plötzlich entsetzt.

„Nur drei unthätliche Menschen, darunter mein Mann.“

„Nein,“ sagt der Professor und stampft mit seinen Füßen fest auf den Boden.

Frau Klara hatte eigentlich selbst ihren neuen Gast schon und verstanden wollen, bis die anderen gegangen wären, aber jetzt bekommt sie eine teuflische Lust, einen Mixed Drink zu machen; deshalb benützt sie ihre unfehlbare

Frauenmacht, geht rasch voran und sagt das eine Wort: „Unfinn!“

Der Professor fügt sich; er geht nur noch einmal zurück und sagt: „Wenn Sie wünschen!“

„Natürlich,“ antwortete Hedwig.

„Prächtiges Mädchen! Prächtiges Mädchen!“

Es ging ein Seufzer von Uebermüdigkeit durch das Zimmer, als Frau Klara vorstellte: „Herr Professor Juhl, mein Lehrer und Freund.“

Alle kannten ja seinen Namen und sein Ansehen, worüber jeder bei der Vorstellung ein Wort fallen ließ, aber Kaufmann Lund mußte wohl etwas zerstreut sein, denn er quakte: „Ach, der Herr Professor sei der Lehrer Frau van Haags gewesen. Und ihr Freund. Sehr fein. Ja, wenn er selbst nicht eine so ausgesprochene Begabung für den Handel gezeigt hätte, dann würde er auch Latein und Griechisch gelernt haben, aber“

„Wir haben zusammen gespielt,“ sagte der Professor.

„Ach, musikalisch ist der Herr Professor, ach, ein vielseitiger Mann!“

Jetzt zog Hans Juhl sein klatschendes Futteral aus der Brusttasche, und es wurde still in der Stube, während er den Kneifer benutzte, denn Minna kannte ihren Vater mit dem Fuß erreichen, so daß er bis auf weiteres schwieg.

Es machte direkt Schwierigkeiten, das Gespräch in Gang zu bekommen, und es war wieder die Schönheit der Gegend, die hervorgeholt, gepriesen und mit der anderen Gegenden verglichen wurde. Was der Professor meinte?

„Ja,“ sagte er. „Selten schön — Wald bis ans Wasser — Buchenwald — das hat man nirgends im Ausland, glaube ich, echt dänisch ist das.“

„Ja, die Wälder!“ sagte der kleine Lund mehr als lebhaft. „Wissen Sie, was der Redakteur im Frühling schrieb: Die Wälder sind die Lungen der Stadt.“

Lund sah sich um, Frau van Haag nickte ihm anerkennend zu.

Der Professor fuhr fort, sein Tonfall hatte etwas gewechselt: „Und das Wasser, so salzig und frisch, und ganz klar dazu. Der Dampfer fuhr ganz dicht hier an Land, und man konnte die ganze Zeit den Grund sehen. Ganz weißen Sandgrund mit metallblauen Seesternen darauf. Schön und märchenhaft! Und auf dem Grunde wuchs die rote Tang wie braune Violinsaiten, aber weich und lebendig. Ein ganz merkwürdiger Anblick, den ich nie vergessen werde, glaube ich.“

Und wissen Sie was? Zwischen dem Tang gleiten Fische hindurch! Große Fische, sage ich Ihnen! Ich hatte mein Glas auf und sah es. Aale waren es, Aale. Zwei, drei Stück, dicker als mein Handgelenk.“

Frau van Haag und der Professor wechselten einen aufgeräumten Blick.

„Sonderbar!“ — „Fabelhaft!“ — „Sehr interessant!“ Klang es rings. Man richtete sich auf dem Stuhl auf. Die Seefterne und Aale wurden gleichsam gemeldet, daß ein Professor sie betrachtet hatte.

Jetzt räusperte Herr van Haag sich und sprach. Die Worte kamen so langsam, eines nach dem andern, aus ihm heraus: „Das Merkwürdigste, das ich kenne, ist der Londoner Nebel. Denken Sie sich eingesperrt zu werden . . . ja, wie soll ich sagen — eingerollt zu werden in einen unermesslichen Baden Watte — naghaltige Watte — die einem die Luft abshneidet und einen blind macht. Man hört Füße gehen, man sieht keine Menschen. Man hört einen Wagen näher kommen — und will ausweichen, man sieht nichts — wagt nicht einen Fuß zu verrücken. Ich sage Ihnen, das ist entsetzlich. Ich ging mit ausgestreckter Hand und stieß zwei, dreimal gegen andere Hände — klamme Hände wie von Leichen. Menschen sah ich nicht. — Gerade jetzt mußte ich daran denken.“

„Ja, der Herr Zollverwalter, der ist wirklich an allen Orten gewesen, die man nennen kann,“ sagte der kleine Lund zum Professor. „So bereit sollte man auch sein, ja, das wäre etwas! London. Warum nicht? Nun, ich kenne die Stadt recht gut. London Fassong steht in den Hüften, das bedeutet die Fassong, mit der sie in London gehen. Ja.“

Frau van Haag sagte sanft zu ihrem Mann: „Erzähle weiter, wie es dir im Londoner Nebel ging.“

„Ja, erzählen Sie, es war so spannend!“

„Nein, ich erinnere mich nicht mehr der näheren Umstände.“

„Doch, erinnerst du dich nicht, wie du zuletzt zu einigen Näherinnen kamst und auf ein kleines Kind aufpassen mußtest, während eine ein Cab für dich holte?“

Wertwürdige Stille in der Stube. Dann der fast ruhige Protest des Zollverwalters.

„Du irrst dich wohl; dir ging es ja einmal so.“

„Ach — ja, ich irte mich. Mir ging es so. Wie konnte ich mich doch so irren! Schrecklicher Irrtum!“

Und die schöne tiefe Stimme der Gnädigen zerbrach in einer Nachkale.

(Fortsetzung folgt.)

20 Typhuskranke, 3 Verdächtige.

Keine ungewöhnliche Zahl für die Viermillionenstadt

Zu der Zeitungsmeldung, daß eine gesteigerte Typhusgefahr für Berlin bestehe, haben wir am Freitag in unserer Abendausgabe die Zahlen der Typhuserkrankungen aus den elf Monaten Januar bis November des Jahres 1926 mitgeteilt und sie mit den Erkrankungszahlen derselben Monate von 1925 verglichen. Dabei ergab sich, daß mindestens in den Monaten Oktober und November das Jahr 1926 niedrigere Erkrankungszahlen aufweist als das Jahr 1925. Von amtlicher Stelle erfahren wir jetzt, daß in allen städtischen Krankenanstalten am Freitag 20 Typhuskranke lagen und 3 Verdachtsfälle gezählt wurden. Diese Zeitungsmeldung hatte behauptet, daß kurzzeitig in den Berliner Krankenhäusern (wohl in allen zusammen) etwa 50 Typhuskranke lagen und über 200 Typhusverdächtige gezählt würden.

Das Urteil im Prozeß Liezkow.

Zuchthaus für Schwarz und Voetsch.

Das Landgericht II verurteilte gestern nach dreiwöchentlichem Verhandeln wegen gemeinschaftlichen Totschlages die Angeklagten Rudolf Schwarz zu zehn Jahren und Franz Voetsch zu acht Jahren Zuchthaus unter Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren. Die Angeklagte Anna Liezkow wurde wegen Beihilfe zu gemeinschaftlichem Totschlag zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Allen drei Angeklagten wird die Untersuchungshaft angerechnet. Der Haftbefehl gegen Anna Liezkow wurde aufgehoben.

Es wäre der Würde des Staates zuträglich gewesen, wenn sein Anwalt von sich aus den Weg zum Totschlagsparagrafen gefunden und nicht drei Todesurteile gefordert hätte. Das Gericht ist weder dem Staatsanwalt noch dem Verteidiger, Dr. Rengel, gefolgt, der in der Tat der Angeklagten nicht ohne innerer Berechtigung bloße Notwehr erblicken wollte. Es hat im Einfluge mit den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Puppe auf Totschlag erkannt. Die Urteilsbegründung stellt sich wohl auf den Standpunkt, daß alle drei Angeklagten den Plan, den Liezkow zu töten wohl gefaßt hatten, daß jedoch die Tat selbst im Zustande der Erregung ausgeführt wurde die Beschimpfungen des Getöteten erfolgt sei. Frau Liezkow aber, die den beiden jungen Leuten beifällig ihr Geld geklagt, ihnen auch die Mitteilung gemacht hatte, daß Liezkow auf dem Laubengelände zu arbeiten beabsichtige, die die Tat wünschte, ja sogar forderte, mußte der intellektuellen Beihilfe für schuldig erkannt werden. Es führte zu weit, das Zustandekommen dieses Urteils kritischer zu untersuchen. Anzuerkennen ist, daß das Gericht von dem Todesparagrafen abgerückt ist. Ob fünf resp. vier Jahre Gefängnis nicht in gleichem Maße eine genügende „Sühne“ bedeutet hätten, wie zehn oder acht Jahre Zuchthaus, darüber ließe sich streiten. Eine Tatsache jedoch verdient unter allen Umständen noch besonders festgehalten zu werden. Auch in diesem Falle hatten sich die Angehörigen gegen den brutalen Mann und Vater bei der Polizei um Hilfe nachgesucht. Sie erhielten zur Antwort, daß dieses nur auf dem Wege der Privatklage geschehen könne. So war die Frau schloslos einem Manne preisgegeben, der sie ohnehin, weil sie nicht zugegen sein wollte, als er ein kleines Mädchen zerriß, der auf seine Frau schloß, ihr die Rippen einschlug, sie mit Füßen trat, sie nachts aus dem Hause prügelte, so war der Junge schloslos gegenüber einem Vater, der seinen Stiefsohn in der unmenslichsten Weise mißhandelte, ihn, den Schwelgen, gleich dessen Mutter nachts auf die Straße trieb, der nach ihm mit einem Stein warf und sie auch sonst auf jede Weise mißhandelte. Das Recht des Selbstschutzes, die so weit geht, sich am Leben seiner Nächsten zu vergreifen, ist nicht zu rechtfertigen. Ebenfalls dürfte es aber gestattet sein, daß ein Mann oder ein Vater seine Frau und Kinder jenseitlich und physisch auf die unmenslichste Weise peinet. Wann wird nun endlich ein Verwahrgesetz die Möglichkeit geben, derart brutale Menschen unschädlich zu machen?

Hilfe für notleidende Künstler.

Die vom Berliner Magistrat vor einiger Zeit auf Veranlassung der Stadtverordnetenversammlung bewilligten 100 000 M. zur Unterstützung der Not unter den erwerbslosen Künstlern und Geistesarbeitern sind bereits durch die vom Magistrat zur Verfügung der Mittel eingerichtete städtische „Künstlerhilfe“ aufgebraucht worden. Auf Antrag der Kunstdeputation hat der Magistrat nunmehr weitere 100 000 M. zur Fortführung dieser Aktion bewilligt, da die Not unter den erwerbslosen Malern, Bildhauern, Schauspielern und sonstigen Vertretern der freien geistigen Berufe nach wie vor sehr groß ist. Der zur Organisation der „Künstlerhilfe“ eingesetzte Ausschuss hat am gestrigen Freitag außerdem beschlossen, daß die gegenwärtig in der Provinz Brandenburg reisenden Theaterensembles, die vom Magistrat finanziell unterstützt werden, auch in Zukunft städtische Subventionen erhalten sollen. Es handelt sich dabei um drei Ensembles, von denen zwei von der Bühnengenossenschaft und eins von der Theaterdirektion Kirchner ins Leben gerufen worden sind und deren Zweck hauptsächlich darin besteht, den erwerbslosen Schauspielern Spielgelegenheit zu schaffen, damit sie durch ihre gegenwärtige Not nicht völlig ihrem künstlerischen Berufe entfremdet werden. Die Ensembles wechseln alle vier Wochen ihr künstlerisches Personal, das eine Stärke von 14 bis 16 Schauspielern und Schauspielerinnen hat, um möglichst viel erwerbslosen Künstlern Gelegenheit zur Betätigung zu geben.

Neben diesen Maßnahmen zur Unterstützung und produktiven Erwerbslosenfürsorge für die Künstler beabsichtigt der Magistrat auch noch durch eigene Aufträge das künstlerische Schaffen anzuregen. So ist beabsichtigt, ein dauerndes künstlerisch ausgestattetes Ehrenmal für die gefallenen Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Berlin zu schaffen. Zur Beratung dieses Planes ist bereits ein Unterausschuss der städtischen Kunstdeputation eingesetzt worden, der in der nächsten Woche seine Beratungen aufnehmen wird. Außerdem plant der Magistrat die Schaffung eines gemeinsamen Denkmals für die beiden großen Berliner Schauspieler Desrient und Mattowski, das auf dem Gendarmenmarkt vor dem Staatstheater zur Aufstellung gelangen soll.

Intendantur der Kunststunde.

Der Vorstand der Kunststunde L.-G., Berlin, beabsichtigt, die Stelle eines Intendanten zu schaffen, dem die Oberleitung des künstlerischen Betriebes des Berliner Rundfunks übertragen wird. Für diesen Posten wurde der Intendant des Wiesbadener Staatstheaters, Herr Dr. Karl Hagemann, verpflichtet.

Ausländische Arbeitnehmer in Berlin.

Weber die Zahl der in Berlin beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer wurden in letzter Zeit irrtümlich Nachrichten verbreitet. Demgegenüber stellt das Landesarbeitsamt fest: Die Zahl der von ihm in der Zeit vom 1. Januar 1926 bis 15. November 1926 zugelassenen ausländischen gewerblichen Arbeitnehmer und Hauspersonal beträgt 2423, dazu kommen als für die Landwirtschaft genehmigt 101 Ausländer. Es ist zu bemerken, daß die für die Industrie und Hauspersonal erteilten Genehmigungen mit dem 31. Dezember 1926, die für die Landwirtschaft erteilten Genehmigungen am 15. Dezember 1926 ablaufen. Ihre Verlängerung für das Jahr 1927 erfolgt nur auf begründeten Antrag unter genauer Nachprüfung der Notwendigkeit der Beschäfti-

gung des Ausländers. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der überwiegende Teil der Genehmigungen aus Billigkeitsgründen erteilt worden ist. Als Billigkeitsgründe werden angesehen: Nachgewiesener langjähriger Aufenthalt im Inlande oder Umstände, die dem Ausländer eine Rückkehr in seine Heimat unmöglich machen. Eine Kontrolle der im Angestelltenverhältnis (Kaufleute, Musiker, Kräfte usw.) befindlichen Personen ist nach der Verordnung des Herrn Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung vom 2. Januar 1923/1926 nicht möglich.

Ein sonderbarer Kauf.

Der Kunstmaler als „Brandstifter“.

Am 26. September d. J. brannte der Dachstuhl eines Hauses in der Adlerstraße und das in ihm eingebaute Materialatelier des Kunstmalers Richard Sachs aus. Die Entstehung des Brandes wurde auf eine Fahrlässigkeit des Kunstmalers selbst zurückgeführt und er hatte sich nunmehr vor dem Schöffengericht Schöneberg wegen fahrlässiger Brandstiftung zu verantworten.

Das Verhalten des Angeklagten vor dem Brande war mehr als sonderbar gewesen, so daß er von den Hausbewohnern und Nachbarn, als er nachts heimkam, und der Brand schon von der Feuermehr gelöscht war, beinahe als „Brandstifter“ gelacht worden wäre. Richard Sachs ist ein im 60. Lebensjahre stehender Herr, der in der ganzen Gegend, in der er seit langen Jahren wohnt, als Sonderling bekannt war. Er wurde allgemein „Gaulschen“ genannt, obwohl er Richard heißt. Er selbst will auch nicht wissen, wie er zu diesem Spitznamen gekommen ist, der ihm sehr viel Verdruß bereitet. Auf seinem Gebiete aber ist er ein tüchtiger Arbeiter. Sein Vater war Universitätsprofessor und ein namhafter Physiologe. Nach ihm ist die Sachsallee in Dahlem benannt. Der Angeklagte selbst hat sich mit seinen Aquarellen auch einen Namen erworben. Auch Gemälde von ihm sind häufig ausgestellt worden. Noch auf der letzten großen Kunstausstellung und auf der Herbstausstellung der Sezession war er mit Bildern vertreten, auf der vor wenigen Tagen eröffneten Ausstellung der Preussischen Akademie der Künste ist er wiederum mit drei Aquarellen vertreten. Professor Erich Büttner hat seinen interessanten Künstlerkopf gemalt und das Bild im Kunstpalast ausgestellt. Ueber den Brand selbst äußerte sich der Angeklagte folgendermaßen: In dem Schubkasten der Kommode habe er beim Aufräumen etwelches ungelesene Entdeckt. Er habe den Schubkasten, in dem sich Malutensilien, Toilettenkäse und Wappn befinden, auf dem Balkon ausgeleert. Dann habe er die Fugen des Schubkastens mit Benzin getränkt und dieses angezündet, um die Eier der Insekten zu vertilgen. Es habe eine große Stichflamme gegeben. Hinterher habe er den Kasten mit dem Wappn ausgerieben, und da müsse noch etwas geschmolzen haben, so daß die Wappn sich entzündeten. Das Feuer habe er ausgetreten und die Wappn in einen Wassereimer geworfen. Den Kasten habe er etwa eine halbe Stunde zum Trocknen auf dem Balkon stehen lassen. Darauf habe er die Sachen wieder eingeräumt und den Kasten in die Kommode gehoben. Dann sei er weggegangen, und bei der Rückkehr war die Wohnung ausgebrannt gewesen. Es sei ihm alles verlorengegangen. Seine Gemälde, Aquarelle und alle Skizzen und Studien seiner 40jährigen Lebensarbeit, verfielen ihm nur mit 3000 M. gewesen. Nach der Schätzung von Professor Büttner hätten allein die Zeichnungen und Skizzen einen Wert von 10 000 M. gehabt. Nach dem Gutachten von Branddirektor Emuth kann der Brand nur in der Kommode entstanden sein. Dem Vater sei es nicht bekannt, daß Dämpfe und Gase von Benzin im Holz sich noch fortentzündeln und daß es, wenn sich geeignete Stoffe finden, auch noch nach einer halben Stunde zur Selbstentzündung kommen könne. Nach längerer Beratung kam das Schöffengericht auch zu dem Schluß, daß der Angeklagte mangels ausreichender Fahrlässigkeit auf Kosten der Staatskasse freizusprechen sei. Zur Fahrlässigkeit gehöre gemäß einer von Justizrat Davidsohn herangezogenen Reichsgerichtsentscheidung die Voraussetzbarkeit, die in diesem Falle aber gefehlt habe.

Ernst Friedrich vor dem Berufsgericht.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I fand gestern die Berufungsoverhandlung in Sachen Ernst Friedrich statt, der, wie erinnerlich, angeklagt war, durch einen Artikel in der „Schwarzen Bohne“ die Kirche beleidigt zu haben. Die erste Instanz hatte ihn zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten sowohl Staatsanwalt als Friedrich Berufung eingelegt: dem einen war die Strafe zu niedrig, dem anderen zu hoch. In der ersten Instanz anfänglich die Richter wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer der bestehenden Kirchen als befangen ab. Hinterher zog er jedoch keinen Ablehnungsantrag zurück. Zur Anklage selbst erklärte er, daß er durch seinen Artikel, in dem es vom Jölibat der katholischen Geislichen handelt, durchaus nicht beabsichtigt habe, die katholische Kirche zu beleidigen. Der Staatsanwalt beantragte, unter Berufung auf die große Schärfe, mit der der Artikel geschrieben war, eine Erhöhung des Strafmaßes. Das Gericht verringerte sie jedoch auf eine Geldstrafe von 300 Mark — wie der Vorsitzende ausführte, „angesichts der geistigen Anreize des Angeklagten“. Friedrich ist also vor dem Gefängnis bewahrt geblieben. Die Begründung aber, die das Gericht für die Herabsetzung der Strafe fand, dürfte in der Deffenlichkeit manchem Widerspruch begegnen. Der Begriff der „geistigen Reize“ ist mehr als unklar.

Frau v. Helldorf freigesprochen.

Im Prozeß gegen die geschiedene Frau Dorothea v. Helldorf aus Wilhelmshorst, die sich vor dem Potsdamer Schwurgericht wegen Meineides und Begünstigung verantworten mußte, ließ der Staatsanwalt die Anklage auf Begünstigung fallen und beantragte wegen Meineides unter Anziehung des Milderungsparagrafen sechs Monate Gefängnis. Nach langen Plädoyers beantragte Rechtsanwält Dr. Johann, Berlin, die Freisprechung seiner Klientin. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde die Angeklagte auf Staatskosten freigesprochen.

Die Hege gegen das Reichsbanner.

In einer überfüllten Mitgliederversammlung des Kreisvereins Spandau des Reichsbanners sprach Kamerad Martin Schneider-Berlin vom Gauvorstand über das Thema „Die Gegner der Republik und das Reichsbanner“. Es war interessant, über das Wesen und die Ziele rechtsstehender Verbände intimer Einzelheiten zu hören, als bisher bekannt waren. Es gehörte nicht zum Ruhmeskapitel dieser Organisationen, daß eine große Reihe ihrer Führer wegen allerlei Unlauterkeiten (Hochverrat und Verstoß gegen den § 175) mit den Strafgesetzen in Konflikt gerieten und von der öffentlichen Bühne ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit abtreten mußten, während einzelne, die trotz straffälliger Handlungen amnestiert wurden, noch heute ihr dunkles Handwerk weiter treiben und immer wieder mit Mitteln der Gewalt zum Bürgerkrieg hinführen. Der „Stahlhelm“ hat zurzeit eine große Aktion gegen das Reichsbanner inszeniert. Ein Herr Koroni führt durch Deutschland und spricht überall über Entwaffnungsverrat. Auschnitte aus Zeitungsartikeln und Artikel in der „Reinshheit“, die nichts mit dem Reichsbanner zu tun hat, sollen dazu herhalten. Führern des Reichsbanners Entwaffnungsverrat vorzuwerfen. Die Ausdeckung von Waffenlagern nehmen sie zum Anlaß, das Reichsbanner des Landesverrats zu bezichtigen. Schneider erklärte zum Schluß, der „Stahlhelm“ und andere sogenannte nationale Verbände haben sich dazu hergegeben, Herrn Koroni in Berlin-Tempelhof weite Kreise des deutschen Volkes belügen und gegen das Reichsbanner aufzuheben zu lassen.

Strecken zu halben Preisen für den Jitzus Hagenbeck sind im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, Hof links, Restaurant, täglich von 10—1 Uhr und von 4—6 Uhr zu haben.

Der Millionenbetrug am Monopolamt.

Eine amtliche Erklärung.

Die Nachrichtenstelle des Reichsfinanzamts verbreitet folgende Mitteilung:
„Durch die Presse gehen Nachrichten über die Aufdeckung von Millionenbetrügereien im Branntweinmonopolamt. An den Nachrichten ist soviel richtig, daß die Zollkassendirektion Berlin über Unregelmäßigkeiten berichtet hat, die namentlich im Zusammenhang mit dem Bau einer Spiritusfabrik in Ronheim bei Köln durch die Reichsmonopolverwaltung vorgekommen sein sollen, und daß die Staatsanwaltschaft um Weiterverfolgung der Angelegenheit ersucht worden ist. Nicht richtig ist aber, daß es sich, wie in einem Teil der Presse behauptet wird, um Vorkommnisse neuen Datums handelt; die Vorkommnisse liegen vielmehr längere Zeit zurück, die Ermittlungen der Verwaltung konnten aber erst in der letzten Zeit abgeschlossen werden. Nicht richtig ist ferner, daß eine ganze Reihe höherer Beamter und Angestellter der Monopolverwaltung in die Angelegenheit verwickelt ist. Von den Beamten kommt nur der Regierungsrat Bencke in Betracht, der schon seit Ende 1924 in den einstweiligen Ruhestand versetzt ist. Auch von den leitenden Angestellten, die in diesem Zusammenhang genannt werden, ist der eine (Steller) schon seit 1. Juli 1924 und der andere (Horwich) seit Juli 1925 nicht mehr in der Monopolverwaltung tätig. Die drei anderen Angestellten, die genannt werden, sind zwar bei der Monopolverwaltung noch beschäftigt, aber nicht in leitender Stellung. Das gegen sie bis jetzt vorliegende Material reicht jedenfalls nicht aus, um sie ihres Dienstes zu entheben. Im übrigen wird man abwarten müssen, welches Ergebnis die staatsanwaltschaftliche Untersuchung liefert. Daß das Reichsfinanzministerium ebenso wie das Reichsmonopolamt das größte Interesse daran hat, daß die staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Untersuchung auch in diesem Falle mit größter Gründlichkeit geführt wird, um die weit zurückliegenden Vorfälle nach Möglichkeit restlos aufzuklären, bedarf keiner besonderen Betonung. Alle Presseberichte über angebliche Vertuschungsversuche irgendeiner amtlichen Stelle sind daher selbstverständlich nicht zutreffend.“

In dem großen Spiritusbetrugsprozeß Kopp und Genossen, der seit einem Monat vor dem Erweiterten Schöffengericht Tempelhof verhandelt wird, begründete gestern vormittag in einer etwa dreistündigen Rede Staatsanwaltschaftsrat Bürkle die Strafanklage gegen den Hauptangeklagten den Chemiker Franz Kopp, der wegen der Monopolsteuerhinterziehung und wegen Beamtenebstehung vorläufig nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, da wegen dieser Vergehen von der holländischen Regierung die Auslieferung nicht genehmigt worden ist, wurde wegen Anklage von Zollbeamten zur Haftbeurteilung 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft beantragt. Gegen den Oberzolllinspektor Ducht beantragte der Staatsanwalt wegen schwerer Urkundenfälschung, Befolgung und Beihilfe zur Monopolsteuerhinterziehung 2 Jahre Zuchthaus, 6,2 Millionen Mark Geldstrafe und 3,6 Millionen Mark Wertersatz. An Stelle der Zuchthausstrafe tritt im Nichtbetriebsgefängnis für je 50 000 M. ein Tag Zuchthaus ein. (Die Höchststrafe ist hierbei ein Jahr Zuchthaus.) Ferner wurden gegen den stellvertretenden Wolf 9 Monate Gefängnis und gegen den Geschäftsführer von Kopp, den Kaufmann Walter Ergleben, 6 Monate Gefängnis, sowie in die Millionen gehende Geldstrafe beantragt.

Weihnachtschau der Künstlerwerkhilfe.

Im Berliner Rathaus, Königstraße, veranstaltete die Künstlerwerkhilfe in Verbindung mit der Freien deutschen Künstlerkassette und dem Kunstverein eine mehrere Tage währende Weihnachts-Kunstschau, die mit einem künstlerischen Nachmittagskonzert eröffnet wurde. Nach einer kurzen Ansprache über die große Not und das Elend im Künstlerstande und wie ungemein schwer es gerade den Kunstgewerblern in der heutigen Zeit gemacht wird, sangen die Herren Seibel und Cottek Lieder von Schubert und Wagner. Dann tanzte ein Zimmermannsches Miniaturorchester Schuberts „Momente musical“ und Fräulein Gontard sprach das Melodram „Weihnacht“ von Büchtemann. Die Ausstellung bietet eine bunte Fülle auf dem Gebiete des Kunstgewerbes: wunderschöne, wirklich künstlerische Keramiken, dann die verschiedenen kunstgewerblichen Handarbeiten in Flecht- und Verarbeit, außerdem eine Schau guter Malereien, Zeichnungen und Radierungen.

Goldene Medaille für das Stadtreinigungsamt. Die Goldene Medaille der Großen Ausstellung Düsseldorf 1926 (Befehle) ist dem Stadtreinigungsamt der Stadt Berlin verliehen worden. Das Stadtreinigungsamt hatte mit Zustimmung der Deputation für das Stadtreinigungs- und Fuhrwesen in einer größeren Einzelserie ein Modell ausgestellt, das abweichend von den sonst üblichen Einzelausstellungen eine zusammenhängende figurliche und bildliche Darstellung der gesamten Arbeiten der städtischen Straßencleaning und der städtischen Müllbeseitigung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Beziehungen zur öffentlichen Gesundheitspflege und zur Volkswohlfahrt gibt und besonders den Stand der Arbeiten zur Aufwertung und Ruhschaffung von Dehändereien und zur industriellen Wiederverwertung der festen Abfallstoffe veranschaulicht. Außer dem Hauptmodell waren noch einige Einzelmodelle zur Ergänzung des Gesamtbildes ausgestellt.

Die weltliche Schule in der Putzburger Straße, die unter Leitung des Genossen Doktor Hennicke steht, veranstaltet bis zum Sonntag, 12. d. M., eine Ausstellung von Schulerarbeiten aus dem Zeichenunterricht, dem Unterricht in Habelbank- und Papparbeiten, dem Unterricht im Basteln und in Nadelarbeit. Verbunden mit der Ausstellung ist eine Bücherchau.

Leichte Frisierbarkeit

des Haares ist die Voraussetzung für alle Frisurarten des Bubikopfes, die immer origineller, reicher und geschmackvoller hervortreten.

Es kommt daher für den Bubikopf nur das Pflegemittel in Betracht, das dem Haar die größte Geschmeidigkeit gibt, ihm duffige, weiche Fülle und schimmernden Glanz verleiht. Und dieses Pflegemittel ist — Pixavon!



Keine der gewöhnlichen fälschigen Haarwässerchen hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon“ (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarwässerchen, wie auch für die im Frisiersalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen neuer Bubikopfschnitte für Winter 1926. LINGNER-WERKE Dresden

Aus der Partei.

NSD. und Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand macht darauf aufmerksam, daß, analog der Stellungnahme der Partei zur NSD. und Roten Hilfe, auch die Zugehörigkeit zum Roten Frontkämpferbund unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft zur Sozialdemokratie.

Geschäftliche Mitteilungen.

Währiges Dienstjubiläum. Am 14. Dezember blüht der Kassierer Herr Fritz Schell auf eine 25jährige, ununterbrochene Tätigkeit im Hause B. Weber, Teil- schlussgesellschaft, Berlin, Brunnenstr. 1 zurück. Mögen ihm noch viele fröhliche und gesunde Jahre erfolgreicher Tätigkeit beschieden sein.

Am heutigen Tage können die Mercedes-Bureaumaschinen-Werke in Jella-Wehls (Thüringen) auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken; und es ist ein stolzer Rückblick auf unermüdete Arbeit, getragen von schöpferischen und bahnbrechenden Ideen. Doch solchen Schöpfen der Erfolg nicht fernzubleiben konnte, ist selbstverständlich. Aus kleinen Anfängen haben sich die Mercedes-Bureau-

maschinen-Werke heute zum größten Spezialmaschinen-Werk Deutschlands entwickelt; und so ist ihre grandiose Entwicklung an einem solchen Beispiel unermüdeten deutscher Aufzucht geworben. Mercedes-Schreib-, Stempel- und Buchhaltungsmaschinen sind heute im Inlande führend und haben Weltweite, sie liegen das hohe Verdienst der Qualität der Arbeit von Kopf und Hand. Sie dienen dem Fortschritt, rationellem Schaffen und der Entfaltung der bürokratischen Menschheit von hervorragender Schreibe- und Redigierarbeit.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgebung. (Nachdruck verb.) Weiterhin mild und trübe, nur unbedeutende Niederschläge. — Für Deutschland: Im Süden kühlere Nächte, sonst überall weiterhin mild und trocken.

Weihnachts-Verkauf!

Sonntag
den 12. u. 19. Dez.
2-6 Uhr
geöffnet!

Herrenartikel	Wäsche - Schürzen	Strümpfe, Handschuhe	Bett- u. Tischwäsche	Wollwaren	Nur in der Turmstraße
Oberhemden weibl. m. Piqué-Einsatz u. Klappmansch. 5.50	Taghemden m. Träger und Stickerel. 1.25	Damen - Strümpfe Seidenstoff od. Mako. 95 Pl. 1.45	Bettlaken ohne Naht, gutes Hautsch. 2.90	Pullover für Kinder. 4.75	Eisenbahn mit Uhrwerk auf Schienenrolle. 1.80 0.95
Oberhemden stoffarb. Dattot mit 2 Kragen. 4.95	Taghemden elegante Ausführungen. 2.25	Damen - Strümpfe Ktinselliche Seide, waschb. 1.45	Bettgarnituren a. gut. Wäschestoff od. Linnen. 5.95	Damen-Pullover Woll mit Kunstseide. 9.75	Dampfmaschine stehendes Modell, Masingkon. 1.95
Oberhemden Trikol. gute Qualität m. Kragen. 8.75	Nachthemden mit Motiv oder Beilform. 2.75	Damen - Strümpfe Wäscheide. Ja. Qualität, vielen neuen Farben. 2.85	Bettgarnitur. gezeir. Bettzeiln od. bestickt. 12.75	Kind-Sportwesten reine Woll. 3.75	Mama-Laufpuppe hübsch gekleidet. 1.50
Schlafanzüge neueste Ausführungen. 9.75	Hemdhoson Kunstseid.-Trikot u. Spillo. 2.95	Herren - Socken feine Baumwolle, moderne Muster. 90 Pl. 1.25	Jacq.-Handtücher od. La Droll. 95 Pl. 1.45	Sportwesten reine Woll. f. Damen u. Herren. 6.90	Stabil-Baukasten beliebiges Kaschenspielsz. 4.50
Selbstbinder zum Teil reine Seide aparte Muster. 1.25	Herr.-Nachthemd. mit Bordenbeiz. 4.50	Herren-Socken reine Woll od. La Kunst. 2.45	Künstlerdecken nur neueste Muster. 4.85	Gardinen / Decken	Zigaretten - Etuis Leder mit Metallinsels. 1.95
Garnituren Stell., Hosen-trag., Socken- u. Aermelhalter im Karton. 2.45	Servierschürzen weiß, m. Stick. o. Hoblesun. 1.25	Dam.-Handschuhe Nappa. 3.95	Tee- oder Koffee-Gedecke mit 6 Servietten. 6.75	Bettvorlagen Ferson- u. mod. Muster. 2.95	Brieftasche Leder, mit Geheimfach. 2.95
Trikotagen	Servierschürzen Jumpert., Linnen m. Stick. 1.95	Herr.-Handschuhe Nappa. 4.75	Taschentücher. 25 Pl. für Damen. 25	Bettdecken 2bettig. engl. Tuil o. Etams. 5.75	1 Füllhalter 14 kar. Gold- oder Silber. 5.50
Damen-Schlüpfer Kunstseide, gestreift. 2.95	Jumperschürzen lustig od. gestreift. 1.15	Handschuhe f. Damen im Schw. od. m. gestickter Mansch. 2.25	Herrentücher glatt weiß oder mit Karo. 28 Pl.	Diwanddecken Gobelin- u. Verdremst. 14.50	Märchenbücher und Jugend-schriften in großer Auswahl.
Schlupfhosen Kunstseide, mit angenähtem Futter. 3.50	Servierkleider einfig. o. gestreift. Zephr. 2.75	Damen-Schirme Top-Form. 12 teilig. 3.95	Damentücher im Geschenkkarton 37 Stck. 1.45	Steppdecken doppelseitig Satin 150x200 mit Halbwoollfüllung. 14.75	Damenputz
Oberhemden Trikol. mit. 3.95	Servierkleider schwarz.Sat. m. weiß. Krag. 3.95			Woll.Schlafdecken volle Größe. 7.90	Kindertuchkappe aufgeschlag. Form. u. Gummiang. 1.45
Damen - Konfektion	Nachmittags-Kleider reine Woll, auch marine mit rot, die große Mode 16.50, 12.50 9.75	Tanz - Kleider Crêpe de Chine mit d. modern. Perlenbes. 29.50, 25.50 19.75	Damen - Mäntel Velours de laine m. reicher Polsterverbrämung 49.00, 39.00 27.50	Morgen - Röcke Welltwe mit Schal-Kragen oder Stickerel. 9.75, 8.75 3.95	Seiden-Hüte Kappenform, schwarz und braun. 3.50
Weihnachtstisch					Frauenhüte mittelgroß, kleidbar, braun und schwarz. 3.95

LINDEMANN & CO. AKT. GES.

Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149 Nord-Osten Landsberger Allee 29 Moabit Turmstr. 73 Potsdam Spandau

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7 1/2 Uhr: Carmen
Schauspielhaus 8 Uhr: Hamlet
Schiller-Theater 8 Uhr: Der zerbr. Krug - Der Bär

Städtische Oper
Charlottenburg 7 Uhr:

Jugend im Mai
Musikal. Leitung: A. Guttman, Pfahl-Wallerstein, L. Schöne, E. Kandi

Kammerspiele
Norden 10334-35 8 1/2 Uhr:

Karussell
von Louis Verneuil Dienstag 14., 8 Uhr: Baffur. Ollaportida

Deutsches Theater
Norden 10334-35 8 Uhr:
Neidhardt v. Gneisenau von Wolfgang Goetz
Regie: Helmut Hilpert
Kinder-Vorstellung heute nachm. 3 1/2 Uhr: D. Wehnachtstern
Preise 1-4 M.

Die Komödie
Bismarck 2114 2516 8 Uhr:
Die Gefangene von Bourdet
Regie: M. Reinhardt
Theat. a. Nollendorpl. Kurfürst 2091 8 Uhr:
Max Adalbert in "Das Skel"

SCALA
Nollendorf 7360 8 Uhr:
Varieté-Attraktionen
Sonntags u. Sonntag 2 Vorstellungen 3 1/2 und 8 Uhr, 3 1/2 u. ermäßigt.
Preisen d. ganze Programm

Volksbühne
Theater an Bülowplatz Th. am Schiffbauerdamm

4 Uhr:
Judith
Morgens 3 und 8 Uhr:
Nadufasy!

Täglich 8 Uhr:
Das Grabmal des unbekannt. Soldaten
Heute 3 Uhr:
Humorist. Humors!

Komische Oper
Abendlich 8 1/2 Uhr:
Die Fledermaus
mit Martha Serak, Molly Wessely, Angela Sax, Falken, Boettcher, Blass, Loebl, Sockmann, Schuster u. a.
Ab 23. Dezember: Gastspiel d. weltber. Ballett's Chauve Souris Theatre.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Neu! Heute Neu!
Mister Cornedbeef
Gutschein: Fauteuil 1 Mk. Sessel 1.50

Wallner-Theater 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Das Stiftungsfest

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Steiniger Sänger
Das wundervolle Weihnachts-Programm!
Nachm. halbe Preise!
Volles Programm

Dönhoff-Brett!
VARIETE - KONZERT - TANZ

Metropol-Theat. Täglich 8 Uhr:
Wieder Metropol

Resident-Theat. Tägl. 8 1/2 Uhr:
Absteigequartier
Eintritt Japanischen verboten

Thalia-Theater 8 Uhr:
Der große und der kleine Klaus

Rose-Theater 4 Uhr: Max u. Moritz 8 1/2 Uhr:
Von Stufe zu Stufe

Wintergarten 8 Uhr
Variete
Räuchen gestaffelt

Ufa Lieber Kinder!

Es ist nicht jeden Tag ein
Ufa-Festtag
zum Geburtstag
Ufa in der Begegnung
Kollaboratoren
Es passiert alles und
was ist Lippin
Dringt 50 Hunzig mit
auf Gewissens Punkt
mitbringen

Achtung!

Unsere heutigen Nahrungsmittel, durch eine hochentwickelte Technik hergestellt, enthalten vielfach der salzartigen Erklärungsstoffe.

STUWKAMP-SALZ

bildet hierfür die zweckmäßige Nahrungsergänzung. Die tägliche kleine Dosis aus natürlichen Meeres- und Salz-3 Pflanzen. Sie hilft auf natürliche Weise das Blut von den Ablagerungen reinigen, sorgt für normalen Stoffwechsel und verbürgt Ihnen das Gefühl von Gesundheit, Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit.

Originalpack. zu M. 1.- u. 2.- in Apotheken u. Drogerien.

Ich gebe Ihnen Kredit

zu Kassapreisen ohne vorherige Prüfung und berechne für Unkosten und Zinsen 1% pro Monat auf die Restkaufsumme

Ich biete Ihnen:
Herren-, Speise- u. Schlafzimmer
in allen Holz- und Stilarten sowie Küchen in jeder Preislage
Metallbettstellen in jeder Form.

Möbelfabrik Rob. Seelisch

im Ostern: Rigaer Straße 71-73a
an der Samariterstraße

im Norden: Rosenthaler Straße 9
Ecke Auguststraße

Frachtfreie Lieferung durch ganz Deutschland.
Illustr. Katalog nur nach auswärts gegen M. 1.- in B.-Z.-Marken.

Sonntag, den 12. und 19. Dezember von 2-6 Uhr geöffnet.

Die glücklichen Kinder
Liederspiel

morgen 3 Uhr bei Hagenbeck, Volles Programm wie 8 Uhr abends, aber halbe Preise für Kinder.
Karten-Verheim. Tietz ab 10 Uhr Circus-Kassa
Marshallbesichtigung
Sonntags von 10 bis 1 Uhr, Erw. 50, Kinder 25 Pf.

CARL HAGENBECK
CIRCUS BUSCH
FERNRUUF: NORDEN 840

Blumenspenden
jeder Wert
liefern preiswert
Paul Gollits,
norm. Robert Meyer
Mariannenstraße 3,
Ecke Hauptstr.
Nimt. 100000.

Putzwolle, Putzlappen, Schleifertuche
haben abzugeben
Gebr. Holzinger,
Tel. Neukölln 4545, 47

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Von Mund zu Mund
CHARELL-REVUE
Sonnt. nachm. 3 Uhr
ungekürzte Vorstlg.
zu halben Preisen!
Heute nachm. 4 Uhr:
die neue Kinder-
revue Funkhainzel-
manns Märch.-Reise
mit Alfred Braun

Kleines Th. Birnen-tragödie
Heute 8. u. nach 4 Uhr:
Schneewittchen
Heber: Kasperl - Th.

Lesing-Theater
8 1/2 Uhr:
Mensch und Uebermensch
Th. a. Kurfürstendamm
8 1/2 Uhr:
Die Frau an der Kette
Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
D. Herzogin v. Eiba
Stg. 3 1/2 Uhr: Der Bär

Gegen Vertuschungsversuche bei der Reichswehr.

Gnadenfrist für Kütz. — Der Heeresetat.

In der gestrigen Reichstagsitzung stand als erster Punkt auf der Tagesordnung die Abstimmung über den von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister Dr. Kütz. Vor der Abstimmung gibt

Abg. Hermann Müller (Soz.)

folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei der dritten Lesung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften durch die Rede des Abgeordneten Dr. Breitscheid, durch die von dem Abgeordneten Dr. David abgegebene Fraktions-erklärung und durch die einmütige Ablehnung des Gesetzentwurfs ihr Mißtrauen gegen den Reichsinnenminister Dr. Kütz durch den Reichstag zum Ausdruck gebracht.

Sie war zu dieser klaren Stellungnahme mit veranlaßt durch das Verhalten des Herrn Reichsinnenministers bei Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über das Verbot des Films „Potemkin“ in Bayern und Württemberg. Herr Dr. Kütz hat dort gegen einen offensichtlichen Vorstoß wider Reichsrecht und Reichsverfassung das Interesse des Reichs nicht gebührend gewahrt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen besonderen Mißtrauensantrag deshalb nicht gestellt, weil sie die Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung insoweit für notwendig hält und bei der dritten Lesung des Nachtragsetats in der nächsten Woche herbeiführen wird. Sie enthält sich deshalb heute bei der Entscheidung über den Antrag Stocker der Abstimmung.

Das Mißtrauensvotum wird hierauf in einfacher Abstimmung gegen Kommunisten und Volksliste abgelehnt. Mit den Sozialdemokraten enthalten sich auch die Deutschnationalen der Abstimmung.

Es wird dann über einige

Entschuldigungen zum Gesetz gegen Schund und Schmutz

abgestimmt. So wird die Regierung aufgefordert, die von den Volksbildungsverbänden aufgestellten Listen von Schundheften den Prüfstellen zuzuführen. Ferner sollen die Prüfstellen angewiesen werden, Schriften, die möglicherweise als unzüchtig angesehen werden können, der Staatsanwaltschaft zuzuleiten. Die Annahme der Entschuldigungen erfolgt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Mehrheit der demokratischen Fraktion. Weiter werden Entschuldigungen angenommen, die eine Novelle zum Lichtspielgesetz und ein Reichsbühnengesetz fordern. Bei Verabschiedung des Reichstheatergesetzes soll der Schutz des geistigen Eigentums der Bühnenschriftsteller und Komponisten in Sachen der Radioübermittlung von Bühnenstücken gewährleistet werden. — Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über

Vergütung der Befajungsleistungen und Vermögensschäden

und der Novelle zum Besatzungspersonenschadengesetz. Der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Bell begründet die beiden Entwürfe. In ihnen seien sämtliche einschlägigen Bestimmungen zusammengefaßt, so daß eine schnelle Unterrichtung über die Rechtslage ermöglicht und die zweckmäßige Befolgung berechtigter Entschuldigungsansprüche erleichtert werde. Durch die Einfügung einer Härtebestimmung sei es möglich, auch Sonderfälle zu berücksichtigen, für die ein im ordentlichen Verfahren verfolgbarer Rechtsanspruch nicht gegeben ist. Die Novelle zum Personenschadengesetz bringt den Besatzungsbeschädigten die Gleichstellung mit den Kriegsschadigten. Die Vorlagen werden ohne weitere Aussprache dem Ausschuss für die besetzten Gebiete überwiesen. Das Gesetz zur Regelung des Mißverkehrs wird debattelos in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Futtermittelgesetz. Hierauf wird der

Nachtragsetat des Reichswehrministeriums

zum zweitenmal beraten.

Präsident Lohé schlägt eine Redezeit von 20 Minuten vor, weil nach einer Vereinbarung der großen Parteien die große allgemeine Aussprache erst in der dritten Lesung folgen solle. — Ein kommunistischer Antrag auf 45 Minuten Redezeit wird abgelehnt. General Ritter v. Haack als Vertreter des Reichswehrministeriums sucht den im Ausschuss von dem Berichterstatter Abg. Stücklen (Soz.) erhobenen Vorwurf zu entkräften, daß das Ministerium in seiner für den Ausschuss bestimmten Aufstellung die Gewehrpreise falsch angegeben habe. Diese Annahme sei wohl auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Es sei zwar ein Preis von 200 M. genannt worden, dieser verstehe sich aber mit Zubehör, also mit Mündungsdeckeln, Gewehrriemen, Verpackung, Versendung usw., so daß tatsächlich für ein Gewehr nur 154 M. gezahlt worden sei.

Abg. Stücklen (Soz.)

gibt zunächst als Berichterstatter des Ausschusses eine Darstellung der Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss hat einige Zusätze gefordert, da darüber das Reichsfinanzministerium noch nähere Auskunft geben soll. Auch der angeforderte Betrag von 250 000 M. für einen Kasernenumbau in Friedrichsort ist gestrichen worden, bis eine nähere Darstellung im nächsten Etat gegeben ist.

Unter allgemeiner Spannung des Hauses macht Abg. Stücklen nunmehr als Redner der sozialdemokratischen Fraktion nähere Mitteilungen über

Vertuschungsversuche bei der Reichswehr.

Der Redner weist darauf hin, daß nicht viel Intelligenz dazu gehört habe, um die Frage nach dem Preis der Gewehre deutlich zu beantworten. Erst jetzt aber ist ein Versuch dazu gemacht worden. Die Ausgaben für Waffen und Munition sind bei der Reichswehr von Jahr zu Jahr erheblich gestiegen. Es besteht ein dringendes Interesse daran, zu zeigen, woher eigentlich diese Steigerung kommt. Wir haben heute nicht mehr ein Heer, das beliebig vermehrt werden kann, die hunderttausend Mann bleiben; wenn dennoch die Ausgaben von Jahr zu Jahr steigen, dann muß nachgeforscht werden, wo der Grund dafür liegt. Der Verfasser des Bertrags schreibt uns vor, bei bestimmten Fabriken Waffen und Munition herstellen zu lassen.

Diese Monopolfirmen nähern die Gefahr aus und verlangen vom Reich Phantasiapreise.

Auf meine Forderung, in einer Liste die Preise vor dem Kriege und die heutigen aufzustellen, bekam ich eine sehr lange Aufstellung. Es ergab sich daraus, daß vor dem Kriege für ein Gewehr 75 M. gezahlt wurden, während heute 200 M. gezahlt werden. (Lebhaftes hört.) Wenn ein Irrtum hierbei vorlag, dann hätten die Herren sagen müssen: Wir zahlen nicht 200 M., sondern nur 154 M. Statt dessen läßt man ganz ruhig diesen Bericht hinausgehen, aber auf einmal wird gesagt, dieser Preis verstehe sich mit Zubehör. Dieser Tage bekam ich ein Schreiben aus dem Reichswehrministerium, in dem gesagt wurde, daß sich unter dem Posten Zubehör befänden: Mündungsdeckel, Gewehrriemen, Abnahmestoffen, Verpackung, Versand usw. Ich habe wissen wollen, was ein Gewehr kostet, also nach dem allgemeinen Sprachgebrauch ein vollständiges

Gewehr mit Mündungsdeckel, Gewehrriemen usw. Wenn also ein Mißverständnis vorliegt, so bei den Herren vom Reichswehrministerium, aber nicht bei mir. Nun aber noch weiter: Die Arbeiter in Suhl sind an die Firma herangetreten und haben ihr erklärt: Ihr bekommt 200 M. für ein Gewehr und uns bezahlt ihr so miserabel. Die Firma erwiderte, 200 M. bestimme sie nicht, aber sie hat nicht gesagt, was sie bekommt. Die Arbeiter haben dann eine Bestätigung in das Reichswehrministerium geschickt und darum ersucht, daß auf die Firma ein Druck ausgeübt werde, damit sie höhere Löhne zahle. Auch dort wurde den Arbeitern nicht gesagt, was die Firma für ein Gewehr bekommt. Die 200 M. beruhen auf amtlichem Material und auch die 154 M. sind amtliches Material des Reichswehrministeriums. Ich werde jetzt vorstellig bei der Verwendung des Materials aus dem Reichswehrministerium sein, aber es kann keine Rede davon sein, daß hier ein Mißverständnis vorliegt. Für uns ist diese Sache außerordentlich peinlich. Wie soll noch berichtet werden können, wenn das amtliche Material, das uns vorgelegt wird, nicht stimmt, denn das, was bei den Gewehren vorgekommen ist, hat sich auch sonst wiederholt. (Hört, hört, bei den Soz.) Selbst ein Preis von 154 M. für ein Gewehr ist noch ungeheuerlich.

Die Herren beim Militär sind ja schon immer bemüht gewesen, den Reichstag hinteres Licht zu führen.

Das ist auch heute noch so. Der Redner erinnert an einen Vorgang in der Vorkriegszeit, wo für den Chef des Militärkabinetts ein Haus gebaut worden ist, ohne den Reichstag zu fragen. Auch in neuerer Zeit ereignen sich solche Fälle. So dürfen Ausgaben bis zu 30 000 M. gemacht werden, ohne daß der Reichstag darüber gefragt wird. Ist eine größere Ausgabe notwendig, so muß eine Vorlage gemacht werden. Nun ist von der Reichswehr ein großer Stall gebaut worden, der 58 000 M. gekostet hat, ohne daß die Mittel dazu angefordert worden sind. Auf die Frage, ob darüber nicht eine Vorlage gemacht werde, wurde gesagt: das ist nicht ein Stall, sondern das sind zwei Ställe, die nebeneinander stehen und nur durch eine Wand voneinander getrennt sind! (Hört, hört und Heiterkeit) Wir dürfen uns einen solchen Vorgang nicht gefallen lassen, wir müssen es uns entschieden verbitten, daß über den Kopf des Reichstages hinweg derartiges gemacht wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben ja selber erst dann die Möglichkeit, die Verwendung der von uns bewilligten Summen nachzuprüfen, wenn der Bericht des Rechnungshofs vorliegt. Eine andere Kontrollmöglichkeit besteht häufig für den Reichstag überhaupt nicht. Das ist eine große Schwermertigkeit für uns, wenn wir das Budgetrecht des Reichstages ausüben wollen.

250 000 Mark ohne Einwilligung des Reichstag ausgegeben!

Nun zu der Unteroffizierschule in Friedrichsort, deren Streichung der Ausschuss beantragt, bis nähere Unterlagen im Etat für 1927 gegeben sind. Als Abgeordneter habe ich jetzt zu erklären, daß diese Schule, für die die Mittel noch nicht bewilligt sind, schon am 1. November dieses Jahres eingeweiht worden ist. (Stürmisches hört, hört.) Wir müssen uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß der Reichstag in dieser Weise umgangen wird, und dabei müssen Sie uns beistehen. Der erste Auftrag zum

Bau dieser Schule ist am 19. November 1925 erteilt worden, als der Etat für 1926 noch gar nicht zur Beratung stand. Der Reichstag ist auch später nicht gefragt worden.

Wo sind die Mittel für den Bau dieser Schule hergenommen worden?

Hier liegt kein „Mißverständnis“ vor. Man hat die Kosten für den Umbau der Kaserne zu einer Unteroffizierschule, 250 000 M., aus mehreren anderen Titeln entnommen, die für solche Zwecke nicht bestimmt waren. In dem diesjährigen Etat haben wir einen Teil der angeforderten Mittel für Kasernenumbauten gestrichen und dabei gesagt, wenn das Geld nicht reiche, sollten Nachforderungen gestellt werden. Jetzt stellt sich heraus, daß diese Mittel nicht nur gestrichen haben, es war sogar noch zweifelt Geld da, sonst hätte nicht diese Ausgabe gemacht werden können. Hier haben wir einen Hinweis für unser Verhalten bei dem nächsten Etat. Ich kann es ohne weiteres begreifen, daß bei der Ausgabe der Summe ausdrücklich angeordnet worden ist, daß darüber nichts an die Öffentlichkeit kommen dürfe. (Lebhaftes hört, hört.)

Man wollte das Geld ursprünglich für Scheuerfrauen einlegen, hat aber nachträglich darauf verzichtet. Zu dieser Unteroffizierschule sind bereits eine ganze Anzahl von Offizieren kommandiert worden, so ein Stabsoffizier, ein Oberleutnant, zwei Kapitänleutnants, zwei Kompanieführer und zwei Zahlmeister. Die große Marine vor dem Kriege hat niemals eine Unteroffizierschule besessen, heute soll auf einmal eine solche Schule für die kleinere Marine notwendig sein! Die Herren von der Marine haben immer erklärt, sie seien besonders ehrlich, ganz so „ehrlische Seemannsleute“ scheinen sie aber doch nicht zu sein. Heute war es leider nur möglich, zu dem zu sprechen, was im Nachtragsetat steht. Der Reichstag hat die Pflicht, den schärfsten Protest dagegen einzulegen, daß er in so unerhörter Weise umgangen wird. (Lebhafter Beifall links.)

General Ritter v. Haack behauptet noch einmal, daß es sich in der Frage des Gewehrpreises nur um ein Mißverständnis handle; die letzten hohen Gewehrpreise seien durch die Geschäftslage der Waffenfabriken begründet. Auf die übrigen Feststellungen des Abg. Stücklen geht der Vertreter des Reichswehrministeriums nicht ein.

Abg. Kreuzburg (Komm.) meint, daß die Sozialdemokraten schon immer vom Reichswehrminister und seinem Ministerium systematisch belogen worden seien. (Präsident Lohé ruft den Redner wegen des Vorwurfs der Lüge zur Ordnung.) Die Hinausschiebung der allgemeinen Aussprache solle nur dazu dienen, den Sozialdemokraten eine längere Frist für den Kuhhandel um den Regierungseintritt zu verschaffen. Der Kampf der Sozialdemokraten gegen den Reichswehrminister sei Spiegelschmiederei, und die Enthaltungen des „Vorwärts“ über russische Waffenlieferungen seien nur ein Mandat, um die deutsch-russischen Beziehungen zu trüben.

Damit schließt die Aussprache. Der Nachtragsetat des Reichswehrministeriums wird in zweiter Beratung nach den Entwürfen des Ausschusses bewilligt. Ohne Aussprache werden die Etats der Reichsschuld und der Kriegskosten verabschiedet. Um 5 Uhr verläßt sich das Haus auf Sonnabend 13 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes.

Die gekränkten Reaktionen.

Immer noch Hausjuchungsdebatte im Landtag.

In der Freitagssitzung des Landtages beantragten die Kommunisten, sofort einen kommunistischen Antrag zu beraten, der ein Vorgehen des Staates gegen die Hohenzollern verlangt, weil sie angeblich aus Gebot Kunstgegenstände ins Ausland verkaufen wollten. Die Beratung scheitert am Widerspruch der Rechten. — Dann wird die Debatte über die Hausjuchungen und über das Verbot von Wiking und Olympia forgesetzt.

Abg. Mehlhorn (D. Sp.): Der Minister hätte sich viel früher bei den von der Hausjuchung betroffenen Generalen und Wirtschaftsführern entschuldigen müssen. Weil ihm die Rechtsprechung nicht paßt, sucht er die Grenzlinie zwischen Polizei und Justiz zu verschieben. Im ganzen Staat Brechen sind nach der vorliegenden Denkschrift nur drei verborgene Maschinengewehre und 56 Gewehre gefunden worden. (Lachen links.) Deshalb brauchte der Innenminister nicht mit seiner Denkschrift den politischen Erfolg in Genf zu gefährden. (Beifall rechts.)

Abg. Grzymel (Dem.) protestiert dagegen, daß ein Parteimitglied verjuche, den alten Unterschied zwischen vaterländischen und nichtvaterländischen Leuten wieder ins Leben zu rufen.

Abg. Wulle (Dill.): Die Hausjuchungen waren eine reine politische Aktion, um eine Erweiterung der Regierungsbasis im Reich zu verhindern, wie sie die Rechtsparteien anstreben.

Abg. Kuttner (Soz.):

Eine Erweiterung der Regierungsbasis im Reich braucht man nicht durch Politisierungen zu stören; das sei nicht zuzulassen, dafür sorgt schon Herr Scholz. (Heiterkeit.) Die Bezeichnung des Professors Dr. Diez als Landesverräter ist solange eine Verleumdung, als er nicht verurteilt ist. Uns scheint, daß der Oberreichsanwalt, der Dr. Diez in Untersuchungshaft genommen hat, dieselbe Person sein könnte, die gegen das Vorgehen der preussischen Polizei protestiert hat. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Die Rechtsparteien und das Reichswehrministerium reiten darauf herum, daß der Oberst von Lud nicht nach der wässrigen Gesinnung, sondern nur nach der deutschen und nationalen Gesinnung der einzustellenden Leute gefragt worden sei. Das ist ein jämmerliches Spiel mit Worten. Im Wiking-Gesetz lautet die erste Bestimmung:

„Deutsch ist gleich völkisch.“

Herr Mehlhorn hat das persönliche Pech gehabt, die Qualifikation zum Landesverräter drei Abgeordneten meiner Partei abzusprechen, die alle drei Kriegsbeschädigte sind. Er würde als Vertrauensmann der Reichswehr schon den Sohn eines Sozialdemokraten zurückweisen; da ist es wohl selbstverständlich, daß Oberst von Lud nicht einmal Leute in die Reichswehr hereinläßt, die zu der Partei des Empfängers des Nobel-Friedenspreises gehören. (Heiterkeit und Sehr gut links.) Der Abgeordnete Diez hat mit einigen billigen Scherzen unsere Mitteilungen über die Lieferung von Sowjetgranaten an die Reichswehr ins Wässrige zu ziehen gesucht. Der Abg. Kuttner verliert zum Beweis des Gegenteils einen Brief, den wir an anderer Stelle wiedergeben.

Abg. Dr. Schmeelg (B.): Das Rheinland hat gezeigt, wie man auch ohne Waffen sein Land verteidigt. Am schwersten geschädigt wurde das Rheinland dabei durch die romantisch verkleideten Leute der Rechtsverbände. (Sehr wahr! links.) Die Rechtsparteien haben auf die lokale Erklärung des Ministers mit Allegorien geantwortet. Während des Kulturkampfes ist bei Tausenden deutscher Katholiken gehausucht worden, aber ein Wort der Ent-

schuldigung haben wir nie gehört. Wir gratulieren der Deutschen Volkspartei zu Stresemanns Nobelpreis, aber erhalten hat ihn Stresemann für die Ideen und für die Taten des Zentrums, der Deutschdemokraten und der Sozialdemokratie. (Stürmisches Beifall links.)

Abg. Kretsch (Dnat.): Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist die denkbar schärfste Beurteilung der Parteilichkeit und Ungerechtigkeit des preussischen Innenministers. Bei Admiral von Ahlefeld in Kiel hat man den Diener als Spion zu werden gesucht. Die ganze nationale Bewegung demunziert man im Ausland. Wir werden den Minister als schmerzliche nationale Gefahr rücksichtslos bekämpfen, und wir sind die Wegbereiter der kommenden nationalen Freiheit. (Bravo! rechts.)

Abg. Beuermann (D. Sp.): Nicht die Debatte hätte mit Rücksicht auf Genf vermieden werden sollen, wie Abg. Schmeelg gefordert hat, sondern lediglich die sogenannten Enthaltungen der Linksparteien. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Obach (Komm.): Die ganze Debatte verdunkelt die Tatsachen. Im Mai d. J. befand der Plan eines nationalen Aufbruches, und zwar unter Beteiligung des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Kühnste sich doch Herr von Eddenstem ausdrücklich, Hindenburgs nationale Rauheit überwunden zu haben. Durch das Bureau des Reichspräsidenten sind die Briefe der Berichtswörter an die englische Regierung gegangen, um von ihr die Zustimmung zu erlangen. Einer dieser Briefe ist in die Hände der preussischen Polizei gefallen, und damit ist Otto Braun zu Hindenburg gegangen und hat ihm die Zustimmung zur Auflösung von Wiking und Olympia abgepreßt. Die Verschwörer aber wurden rechtzeitig durch Oberst Friedrich gewarnt, und deshalb ist so wenig gefunden worden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Jetzt werden die hochverräterischen Pläne von Diez weiter gefördert. Nur die einige Arbeiterklasse kann durch diese Pläne einen Strich machen. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Abg. Schön (Wirtsh.): Einst hat der Staat die Wehrverbände gebraucht. Jetzt legt er zu ihnen mit Franz Moor: Der Moor hat seine Schuldigkeit getan. (Stürmisches Heiterkeit.)

Abg. Körner (Dill.): In der Debatte hat sich bisher nur die überragende Persönlichkeit des Abg. Diez durchgesetzt. Die angeblichen Verschwörerpläne stammen alle aus dem Jahre 1923 und hatten die volle Billigung des Reichswehrministeriums. Das Spiegelsystem gegen die nationalen Verbände ist unerträglich geworden. Sogar der Post- und Telefonverkehr wird bespioniert.

Abg. Willberg (Dnat.) sagt ebenfalls über angeblich mangelnden Schutz des Postgeheimnisses und seine Verletzung durch die preussische Polizei.

Persönlich bemerkt Abg. Kuttner (Soz.): Herr Abg. Schön hat gegen mich Franz Moor falsch zitiert. Es heißt da nicht: Der Moor hat seine Schuldigkeit getan, sondern: Wer weile doch, du bist so schön! (Schallende allgemeine Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag auf Rückverweisung der Angelegenheit an den Rechtsausschuss wird gegen Kommunisten und Deutschnationale abgelehnt. Der Antrag des Rechtsausschusses, die Beschwerden wegen der Hausjuchungen für erledigt zu erklären, wird mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen Kommunisten und Rechte angenommen. Der Antrag der Kommunisten auf Auskunfterteilung der preussischen Regierung über die russischen Munitionstransporte wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. — Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Gewerbesteuer.

Die Wirtschaftskrise in Frankreich.

Währungspolitik für die Rentner. — Auf Kosten der arbeitenden Massen.

Die Nachrichten häufen sich, nach welchen die Krise im Gefolge der künstlichen Frankenhilfe immer schärfere Formen annimmt. Es ist außerordentlich auffällig, daß in Belgien, wo im Monat Oktober die Stabilisierung der Währung vorgenommen worden ist, eine unergleichlich viel geringere Erschütterung des Wirtschaftslebens folgte und die der Stabilisierung der Währung nachfolgende Stabilisierung der Wirtschaft viel geringere Krisenerscheinungen aufweist, als dies gegenwärtig in Frankreich der Fall ist.

Auf die Ursachen dieses Unterschiedes, der zunächst natürlich auf die von Poincaré gewollte künstliche Besserung des Frankenkurses zurückzuführen ist, ohne daß gleichzeitig auch schon stabilisiert wurde, weist in klarer Weise der Internationale Gewerkschaftsbund hin. In einem Artikel seiner Korrespondenz führt er aus, daß gerade die Tatsache, daß Belgien eine künstliche Aufwertung des belgischen Franken im Gegensatz zu Frankreich unterließ, die wirtschaftliche Stabilisierung in Belgien besonders erleichtert habe. In der Tat sind die Preis- und Produktionsverhältnisse in Belgien sehr viel gleichmäßiger geblieben als in Frankreich. Als eine besonders wichtige und für die ruhige sowie erfolgreiche Stabilisierung der Wirtschaft entscheidende Maßnahme sei zu bezeichnen, daß die Böhne in Belgien relativ hoch geblieben sei und daß vor allen Dingen gleichzeitig mit der Stabilisierung der Währung die Ratifizierung des Washingtoner Achtsundentagabkommens erfolgt sei.

In Frankreich dagegen ist durch das Bestreben Poincarés, dem Staatsrentner als seinem politischen Auftraggeber zu gefallen, in der Produktion, im Export wie auf dem inneren Markt eine vollständige Anarchie eingetreten. Die Verkäufer halten sich zurück, weil sie auf ein Anziehen der Preise hoffen, die Käufer streifen mit ihren Einkäufen in der Hoffnung auf Preisfestsetzungen. Sehr charakteristisch für die französischen Verhältnisse sind die scharfen Angriffe, die in der französischen Kammer anlässlich der Debatte zum Finanzgesetz von verschiedenen Sachverständigen gegen das Tempo und das Ausmaß der Kurssteigerung für den Franken erfolgten, für die Poincaré verantwortlich sei. Ein bürgerlicher Abgeordneter war es, der Poincaré auf den Gegensatz aufmerksam machte, der zwischen den französischen Rentnern einerseits und dem arbeitenden Volke andererseits aufgerissen sei, ein Gegensatz, der nichts anderes als eine schwere Benachteiligung der arbeitenden Massen zugunsten der Rentner bedeute. Der sozialistische Abgeordnete Vincent Aurio unterstrich diese volkshenndliche Wirtschaftspolitik Poincarés auf das schärfste. Im Oktober habe der Preisindex auf 525 gestanden, im November dagegen habe er, obwohl in der Zwischenzeit der Stand des Franken um 25 Proz. verbessert worden sei und seitdem noch weitere 10 Proz. gewonnen habe, 620 übersteigt. Das entspreche einer tatsächlichen Verteuerung der Preise um 50 Proz. Und wenn man das Verhältnis der Preise zum Goldwert zugrunde lege, eine Steigerung von 70 auf fast 100 Proz. Da inzwischen die Böhne eher herabgesetzt als erhöht worden seien, zahle das arbeitende Volk in Frankreich für die Bedürfnisse seiner Lebenshaltung fast ein Viertel mehr als früher, ohne ein größeres Einkommen zu erzielen. Aber auch dem Rentner sei praktisch durch die künstliche Frankenaufwertung und eine Stabilisierung zu einem günstigeren Kurs nicht geholfen. Er habe zwar die

Aussicht, daß er seine Papiere in mehr Dollars oder Pfunde umzuwechseln könne als früher, dennoch aber könne er weder für die Zinsen noch das Kapital infolge der Verteuerung mehr kaufen. Es komme hinzu, daß die Angleichung des inländischen Preisniveaus Frankreichs an die Weltmarktpreise inzwischen erfolgt sei. Bei einer Frankenaufwertung auf das 6,5fache seines Goldstandes und einem Preisindex von 650 habe die bisherige Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft auf den ausländischen Märkten ihr Ende erreicht. Die Folge sei, daß sich damit die ungünstige allgemeine Weltmarktlage mit voller Wucht nun auch in Frankreich bemerkbar mache und unvermeidlich zu Betriebsstillegungen, großer Arbeitslosigkeit, Steigerung der Steuerlasten usw. führe.

Poincaré wußte auf diese Angriffe nichts anderes zu erwidern, als daß man bei der Aufzählung der Ursachen der gegenwärtigen Krise zu wenig auf das Versehen Deutschlands in der Zahlung von Reparationen hingewiesen hätte. Für die Auffassung Poincarés ist also auch noch heute Deutschland an allem schuld, obwohl der Reparationsagent gerade in diesen Tagen nachdrücklich festgestellt hat, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen auf das loyalste nachgekommen sei. Poincaré hat allerdings allen Grund zu verschweigen, daß seine Politik die Stützung der konservativen Rentnerschichten im Auge hat, auf deren Wohlwollen seine Regierung angewiesen ist und die er mit allem Nachdruck auf Kosten der breiten arbeitenden Massen der Städte und des ländlichen Landes durchführt.

Nach den letzten Nachrichten aus Paris hat die Krise infolge des Rückganges der Marktkonjunktur bereits sehr stark auch auf die Lebensmittelindustrie und den Lebensmittelhandel übergegriffen. Nach den Feststellungen, die von einzelnen Gewerkschaftsfunktionären gemacht worden sind, wird heute schon in einer Reihe von Fabriken nur noch an zwei oder drei Tagen in der Woche gearbeitet. Eines der größten Pariser Lebensmittelgeschäfte mit zahlreichen Zweigstellen hat ein Drittel seines Personals entlassen. Der Verband der Möbelfabrikanten hat in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß bereits 45 Proz. der Arbeiter brotlos geworden sind. In Paris häufen sich die Anträge auf Zahlung von Arbeitslosenunterstützung von Tag zu Tag, und wenn auch die finanzielle Belastung noch nicht übermäßig groß geworden ist, so ist doch mit Sicherheit zu erwarten, daß die schweren Industrien eine zunehmende Einschränkung der Produktion vornehmen müssen, daß bei der Fortdauer der gegenwärtigen Frankenhilfe die Arbeitslosigkeit außerordentlich rasche Fortschritte machen wird.

Natürlich wird das zunehmende Ausscheiden des französischen Exports aus der Weltmarktkonjunktur den übrigen Ländern Europas sehr zu staten kommen. Die unerwartete Englandkonjunktur, die jetzt bald zu Ende sein wird, wird infolge der Neuorientierungspolitik Poincarés weitgehend durch eine ebenso zufällige Frankreichkonjunktur ersetzt werden. Das wird man bei der zukünftigen Beurteilung auch der Wirtschaftslage Deutschlands sehr zu berücksichtigen haben. Wie das deutsche Privatkapital von dem Ausscheiden Englands profitierte, so wird es auch von der französischen Wirtschaftskrise auf dem Weltmarkt profitieren. Allerdings nur für den Augenblick. Denn auf die Dauer wird der Rückgang der innerfranzösischen Kaufkraft auch die Aufnahmefähigkeit Frankreichs für deutsche Produkte verringern.

Die Stickstoffproduktion der I. G. Farbenindustrie hat gegenüber dem Wintershall-Konzern einen so großen Vorsprung, daß schon jetzt kein Zweifel darüber bestehen kann, daß in diesem Kampf der Wintershall-Konzern unterliegen wird. Tritt das ein, so würden die neuerbauten Stickstoffwerke des Konzerns wieder stillgelegt werden, weil die Leunawerke tatsächlich sich mit ihren bisherigen Einrichtungen und den Neubauten auf die Produktion des gesamten Weltbedarfs eingestellt haben. Die I. G. Farbenindustrie ist dem Wintershall-Konzern auch kapitalmäßig bedeutend überlegen, so daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß sich die Entwicklung so vollzieht. Es ist an sich gleichgültig, daß die Interessenten Rosler, Lödner oder I. G. Farbenindustrie heißen; das deutsche Volk muß von der Regierung verlangen, daß mit dem wichtigsten Volksgut, Kali, nicht weiter Schindluder getrieben werden kann. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat hier eingzugreifen, bevor es wieder zu spät sein wird.

Die Hochkonjunktur auf dem Schrottmarkt. Monopolbestrebungen der Schwerindustrie.

Am deutschen Schrottmarkt ist seit einigen Wochen nach monatelangem völligen Stillstand eine Geschäftsbefebung eingetreten, die zu großen Preissteigerungen und zu erhöhter Nachfrage der Schwerindustrie geführt hat. Das Ausleben des Geschäfts in der Schwerindustrie, besonders in der rheinisch-westfälischen Gegend, das in unmittelbarem Zusammenhange mit der englischen Streikbewegung stand, führte schon seit Anfang Juli zu großen Aufträgen der Industrie auf Lieferung von Schrott.

Seit dem Jahre 1924 ist sowohl das Schrotthandelsgeschäft als auch die Sammelstätigkeit in der eisenerarbeitenden Industrie infolge der gedrückten Preislage stark zurückgegangen. Man muß berücksichtigen, daß im Jahre 1925 sowohl im Eisenerzbezirk als auch in der sächsischen Industriegebiet die Preise für Schrott aller Art 30—40 Proz. unter den Vorkriegskursen lagen, während andererseits Roheisen und Stahl in Deutschland infolge der Schutzzölle und der Kartellwirtschaft der Schwerindustrie mehrfach die Weltmarktpreise überschritten hatten. Nach der jetzt erfolgten Neuorganisation des Schrottaufbaus besteht kein Zweifel, daß die Schwerindustrie planmäßig darauf ausgegangen ist, unter Ausschaltung des freien Handels den ganzen Schrottaufbau in eigene Regie zu übernehmen und dadurch ein Preisbild auf die eisenerarbeitende Industrie ausüben zu können. Das Geschäft lag vor dem Kriege fast ausschließlich in den Händen kleinerer Unternehmungen, die infolge ihrer Sachkenntnis und ihrer langjährigen Verbindungen in der Lage waren, die Schrottabfälle bei den Werken zu sammeln und dann sortiert und regelrecht zugefächelt der westfälischen oder der sächsischen Industrie zuzuführen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß Schrott als wertvolles Abfallzeugnis in der verarbeitenden Industrie, hauptsächlich in der Maschinen- und Schraubenfabrikation bei der Preisberechnung eine außerordentlich wichtige Rolle spielt. Wir haben also nicht nur einen Kampf des freien Handels bzw. der Handelsvereinigungen mit der Schwerindustrie, sondern gleichzeitig einen Kampf der verarbeitenden Industrie und der Schwerindustrie als Verbraucher von Schrott. Die Schwerindustrie ist bei ihrer Politik noch dadurch unterstützt worden, daß die Ausfuhr von Schrott formal verboten war. Damit war es der Schwerindustrie möglich, die Preisregelung ganz nach ihren Wünschen vorzunehmen. Die Preise waren teilweise so niedrig, daß in den letzten Monaten des Jahres 1925 verschiedentlich in der sächsischen Gegend dem Sammeln von Altschrott und sonstigen Schrottabfällen keine Bedeutung mehr beigelegt worden ist. Aus diesem

Grunde hatten sich viele Unternehmungen vom Schrotthandel abgemeldet und bei den Werken lagen häufig größere Mengen zum Verkauf bereit, ohne daß sich dafür ein Interessent fand. Die Verbrauchszahlen ergeben sich aus folgender Zusammenstellung:

1913	6 785 000 Tonnen
1924	6 270 000

Für 1925 liegen amtliche Zahlen noch nicht vor, doch läßt sich mit Sicherheit sagen, daß der Verbrauch in diesem Jahre geringer war als im Jahre 1924.

Mit dem Augenblick nun, wo im Zusammenhang mit der Konjunktur in der Schwerindustrie sich in diesem Jahre ein starker Bedarf an Schrott bemerkbar machte und die Preise anziehen konnten, hat die Schwerindustrie planmäßig den Aufkauf von Schrott organisiert. Zuerst nahmen die Vereinigten Stahlwerke eine maßgebende Beteiligung an der Aktiengesellschaft Schweiher u. Oppier in Berlin vor. Diese Firma ist im Schrotthandel Deutschlands und weit darüber hinaus als bekannteste und bestorganisierte anzusehen. Dann wurde die sogenannte Schrott-Einkaufsgesellschaft gegründet, die vorläufig für gewisse Bezirke in Deutschland bis zum 30. Juni 1927 die Schrottoverorgung der Ruhrkonzerne zu übernehmen hat. Der Einkauf selbst ist nach Regionen eingeteilt und man unterteilt zwischen dem rheinisch-westfälischen Bezirk, dem Bezirk Sieg, Lahn, Dill und Oberhessen und Schlesien, Kord-, Ost- und Mitteldeutschland und Preußen Sachsen. Als Einkaufsorganisationen sind zu nennen: für das rheinisch-westfälische Gebiet und für Sieg, Lahn und Dill die Schrott-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin, die ein eigenes Einkaufskontor in Dortmund besitzt, und die sächsische Schrotthandels-Gesellschaft mit dem Sitz in Dresden, während Schlesien auch von der S. E. G. (Schrotteinkaufsgesellschaft) versorgt wird. Nach den neuesten Meldungen sieht jedoch die Schwerindustrie eine noch straffere Regelung des Schrotteinkaufs vor. Die Vereinigten Stahlwerke wollen unter Führung der Firma Schweiher u. Oppier eine eigene Werksabteilung gründen. Die Konzerne wollen dadurch sich noch bessere Einkaufsmöglichkeiten schaffen und ihre Versorgung mit Schrott durch langfristige Verträge mit der verarbeitenden Industrie, die durch ihre Agenten abgeschlossen werden, sicherstellen.

Diese Neuorientierung der Schwerindustrie bedeutet natürlich das praktische Aufkaufmonopol auf dem Schrottmarkt. Denn diejenigen Firmen, die zu den Einkaufsorganisationen der Schrottoverbrauchenden Industrie gehören, spielen nur eine Vermittlerrolle und erhalten Provisionen.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

Die Wagenstellung der Reichsbahn für den Transport von Gütern weist in den letzten Wochen außerordentlich starke Schwankungen auf. Nachdem von Anfang August bis Ende Oktober die Kurve der gestellten Güterwagen ununterbrochen in die Höhe gegangen war, treten seitdem Steigerungen und Senkungen des rollenden Güterparks zwischen 50 000 und 100 000 Wagen pro Woche ein. In der Woche zum 27. November nahm die Güterwagenstellung fast um dieselben 100 000 Wagen wieder zu, um die sie in der vorhergehenden Woche abgenommen hatte:

(In 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	durchschnittlich pro Arbeitstag
1. 8.—7. 8.	745,3	708,9
8. 8.—14. 8.	756,0	708,8
15. 8.—21. 8.	769,7	732,9
22. 8.—28. 8.	766,8	738,0
29. 8.—4. 9.	824,6	784,2
5. 9.—11. 9.	824,8	745,2
12. 9.—18. 9.	842,2	754,5
19. 9.—25. 9.	848,1	751,5
26. 9.—2. 10.	859,8	754,7
3. 10.—9. 10.	880,8	779,2
10. 10.—16. 10.	901,9	802,4
17. 10.—23. 10.	931,4	807,8
24. 10.—30. 10.	950,1	810,6
31. 10.—6. 11.	900,3	790,7
7. 11.—13. 11.	943,2	776,4
14. 11.—20. 11.	848,4	690,6
21. 11.—27. 11.	939,5	763,8

Diese Schwankungen dürften in erheblichem Maß durch die Umlagerungen des Verkehrs zu erklären sein, die mit der Beendigung des Streiks in England und der Wirtschaftskrise in Frankreich zusammenhängen. Daß wieder viel Kohle nach dem Inneren Deutschlands per Achse geht, um die verbrauchten Bestände aufzufüllen und daß sich die Verwendung der Weihnachtsaufträge gegen Ende November häuft, wird auch die eingetretene Steigerung des Verkehrs weitgehend erklären.

Die Zusammenstoßbewegung in der Waggonindustrie. Die Konzentration in der Waggonindustrie hat in der letzten Zeit gewisse wenn auch langsame Fortschritte gemacht. Von einer Vertrustung ist allerdings, so viel davon früher auch die Rede war, auch heute noch nichts zu merken. Offensichtlich vermag keine der Waggonbaugruppen den gewiß schmerzhaften, aber auf die Dauer absolut unvermeidlichen Entschluß zu fassen, die für eine Fusion notwendige Zusammenschreibung der Kapitalien vorzunehmen. So ist auch das, was jetzt geschieht, keineswegs als eine Konzentration mit der Wirkung der Rationalisierung der Produktion anzusprechen. Immerhin haben die großen Aufträge der Reichsbahn, die jetzt für die nächsten fünf Jahre auf die hauptsächlichsten Firmen verteilt worden sind und bei denen die Reichsbahn hinsichtlich der Typen und der Produktion bestimmte Bedingungen gestellt hat, die verschiedenen Waggonbaugruppen zur Zusammenarbeit gezwungen. Es ist jetzt sicher, daß ein neuer Waggonbauverband von etwa 50 Waggonfabriken gebildet wird, dessen innere Gruppierung zum Teil nach den Wünschen der Reichsbahn, zum Teil nach dem Wert der erforderten sonstigen Spezialitäten erfolgen wird. Zu dem neuen Verband wird jene Studiengesellschaft gehören, die von den sieben betannten Waggonfirmen mit der Absicht der eventuellen Verschmelzung gegründet worden ist, ferner die sogenannte „Eisig“ mit acht Firmen, die MAN und die Maschinenfabrik Esslingen, die zum „Wagenring“ gehören und noch eine Anzahl freier Werke wie die Hanomag-Hannover, die Eisenbahnverkehrsmittel-W.G. Berlin, Orenstein u. Koppel, Berlin, Gebrüder Schöndorff-Düsseldorf und einige andere. Dieser neue Verband mag zwar die Voraussetzungen zur späteren Konzentration etwas verbessern, jedenfalls aber kann er den Zusammenstoß nicht überflüssig machen.

Pariser Beschlüsse des kontinentalen Rohstahlkartells. Die in Paris tagenden Vertreter der im kontinentalen Rohstahlkartell zusammengeschlossenen westeuropäischen Schwerindustrie haben den Anschluß der tschechoslowakischen Eisenindustrie an das Rohstahlkartell grundsätzlich beschlossen und der tschechischen Eisenindustrie zu gewährenden Quoten wie bei den übrigen Mitgliedern des Kartells die Produktion des ersten Vierteljahres 1926 zugrunde gelegt. Ueber den Anschluß der österreichischen und ungarischen Schwerindustrie wird noch verhandelt. Ferner wurde bereits festgelegt, daß für das erste Vierteljahr 1927 eine Ermäßigung des gegenwärtigen Produktionsprogramms um 1,5 Millionen Tonnen stattfinden wird.

Der Automobilbestand der Kontinente. Der Automobilbestand der einzelnen Kontinente für Anfang 1926 wird nach amerikanischen statistischen Angaben folgendermaßen festgestellt: 21,09 Mill. Autos auf Amerika, 2,67 Mill. auf Europa, 0,41 auf Australien, 0,22 auf Asien und 0,14 auf Afrika. Von den insgesamt 21 564 574 Automobilen sind 20 964 798 Personenumwagen, 159 399 Autobusse und Gesellschaftswagen, 3 440 377 Lastwagen. Im Jahre 1925 wurden insgesamt 4 800 321 Automobile hergestellt, davon 4 175 265 allein für die Vereinigten Staaten von Amerika.

Wo bleibt der Reichswirtschaftsminister? Zu den Rostergischen Stickstoffplänen.

Das wichtigste Problem unserer Volkswirtschaft ist eine ausreichende und billige Volksernährung und mit ihr hängt die Frage der Düngemittelproduktion eng zusammen. Nachdem die Wissenschaft und Chemie auf diesem Gebiet große Erfolge erzielt haben, geht es darum, die künstlichen Düngemittel nicht nur sachgemäß anzuwenden, sondern sie so billig wie nur möglich herzustellen und auf den Markt zu bringen. Das Stickstoffdüngemittel, das sich am besten bewährt hat, kann nur dann sich erfolgreich für die Volksernährung auswirken, wenn sich seine Anwendung für die Landwirtschaft rentabel gestaltet. Will man ein billiges und gutes Produkt auf den Markt bringen, so muß eine Zusammenarbeit zwischen Kali- und Stickstoffproduktion erfolgen.

Dieses Zusammenwirken war auf dem Marsch; es wurde aber gestört durch das Vorgehen des Wintershall-Konzerns, der unter Führung des Generaldirektors Rosterg eine eigene Stickstoffproduktion aufnehmen will. Dieses Vorhaben Rostergs führte auch zu dem Konflikt, der zwischen dem Kommerzienrat Fritz Redberg als Gegner der eigenen Stickstoffproduktion und der Rosterg-Recht in Wintershall-Konzern ausgebrochen ist und der Redberg seine Ämter als Vorsitzender des Grubenmoortandes des Wintershall-Konzerns und der Kaliattien-Gesellschaft niederlegen ließ, weil er die Verantwortung für die Pläne Rostergs nicht übernehmen will. Die Lage, die nun entstanden ist, kann zu schweren Schädigungen der Kali- und Stickstoffwirtschaft führen, wenn der Reichswirtschaftsminister sich nicht bald entschließt, eingzugreifen.

Die deutschen Kalivorkommen sind ein Gut des gesamten Volkes, ganz gleich, ob sie noch zunächst privatkapitalistisch ausgebeutet und vermarktet werden. Was sich in den letzten Jahren in der Kaliindustrie herausgebildet hat, ist keine Produktionsverbesserung um dem Volke zu dienen, sondern nackter Raubbau und was jetzt Herr Rosterg will, kann nur zur Katastrophe führen. Die Rationalisierung hat Millionen um Millionen verschlungen. Unter massenhafter Entlassung von Arbeitern wurden Werke stillgelegt, die Quoten auf andere Werke übertragen und dafür riesige Summen von Abstandsgebern bezahlt. So erhält die Gewerkschaft Ransfeld allein, innerhalb drei Jahren, die Summe von rund zwölf Millionen Mark für die Stilllegung ihres Wertes bis zum Jahre 1953. In Kaiserroda hat der Wintershall-Konzern über dreißig Millionen Mark nutzlos verschleudert, denn als die sogenannten Mammutwerke fertig waren, stellte es sich heraus, daß die alten Wintershall-Werke die Produktion nicht nur dem Bedarf entsprechend leisten konnten, sondern daß sie auch noch billiger produzieren. Millionen wurden verpulvert, um die Wälder bei Oberbreitbach zu verlegen und noch ein Werk zu bauen, dann aber den Plan aufzugeben. Jetzt will der Wintershall-Konzern unter Führung Rostergs die eigene Stickstoffproduktion aufnehmen, dazu sind wieder etwa dreißig Millionen notwendig.

Würde damit zu rechnen sein, daß mit der Aufnahme dieser Produktion eine Verbilligung der Stickstoffdüngemittel erreicht würde, so wäre dagegen nichts einzuwenden, aber das Gegenteil ist der Fall. Herr Lödner, der Partner des Herrn Rosterg, hat selbst erklärt, daß eine Verbilligung nicht eintreten kann, daß sich vielmehr die Produktion um zwei bis drei Pfennig verteuern wird. Da die eigene Aufnahme der Stickstoffproduktion aber logischerweise zu einem harten Kampf zwischen der I. G. Farbenindustrie und dem Wintershall-Konzern führen muß, kann die Monopolstellung des deutschen Kali, die durch die Verbindung mit der Elz-Bohringischen Kaliindustrie wieder hergestellt wurde, erschüttert werden.

„Ich bin nie mehr zerstreut.“

Von Karl Ettlinger, München.

Wir, nämlich Adolf und ich, waren an die Bahn gegangen, um unseren lieben Freund, den Professor, abzuholen, und weil wir vornehmen Charakter sind, hatten wir uns Bahnsteigkarten genommen. Wir gingen also auf dem Bahnsteig auf und ab, schluckten die gute Bahnhofsluft und warteten auf den Beamten, der auf der Tafel „... Minuten Verspätung“ die Zahl auszufüllen pflegt. Denn diese kleine Geschichte spielt in der Jetztzeit.

„Die sechs Wochen Nervenkur werden ihm sicher gutgetan haben!“ sagte Adolf. „Aber es war auch die höchste Zeit; seine Zerstreutheit war tatsächlich beängstigend. Daß er mitten im Stillsitzen anfing, uns Geschichtszahlen abzuhören, das wäre noch hingegangen, denn wir sind seine Freunde, aber daß er z. B. während seines Kollegs plötzlich den Regenschirm aufspannte, daß er in der „Tannhäuser“-Aufführung der auftretenden Elisabeth zurief: „Sie haben ja den Schwam vergessen!“, nein, das ging entschieden zu weit.“

In diesem Augenblick lief der Zug ein. Richtig, da schaute auch der Professor schon zum Fenster heraus und winkte.

Wir hörten ihn eine Weile im Abteil rumoren, dann stand er neben uns. Sein Redestrom stieß wie ein Filmwasserfall: „Ihr glaubt ja gar nicht, wie wohl ich mich fühle! Diese Suggestionenbehandlung ist was Fabelhaftes! Und was das Beste ist, sie hält vor! Ich könnte euch Fälle erzählen, wo...“

„Sag mal,“ unterbrach ich ihn, „warum hast du eigentlich einen Damenhut auf?“

Er staute, griff nach dem Kopf, stach sich an einer Hutnadel und sprach verdutzt: „Tatsächlich! — hm, da muß ich der Dame, die in Fressling ausstieg, meinen Filzhut in die Huttschachtel gepackt haben. Ich half ihr nämlich! — Nun es macht nichts.“ Er knitterte den Damenhut zusammen und steckte ihn in die Manteltasche. Zuvor mußte er diese Tasche entleeren; er zog eine Glühbirne heraus, betrachtete sie eingehend, bis er erleichtert aufatmete: „Jetzt weiß ich's, die habe ich im Sanatorium aus der Tischlampe gestraubt, um den Zwicker zu suchen. Der war mir unters Bett gefallen. Aber die Birne funktionierte nicht!“

„Und da steckst du sie in den Mantel?“

„Ja! Doch das fiel mir erst morgens beim Erwachen auf, daß ich statt des Nachthemdes den Mantel anhatte. Aber wir wollen heim, ich glaube, es fängt an zu regnen.“

Er setzte sich in Bewegung. Ich nahm den Koffer, denn ich wollte nicht, daß er auf dem Bahnsteig stehen blieb, und fand ihn etwas schwer. In der Sperre durchwühlte der Professor seine sämtlichen Taschen nach der Fahrkarte. Dabei knöpfte er den Mantel auf, und wir sahen, daß ihm eine Serviette vom Halstragen baumelte. „Wo habe ich nur die Fahrkarte?“ murmelte er. „Ach, jetzt fällt mir's ein: ich habe sie im Abteil in den Aschenbecher gesteckt, damit ich sie gleich bei der Hand hätte.“

Er kaufte den Bahnsteig zurück. Dabei verlor er einen Filz-pantsöffel, denn — habe ich das schon erwähnt? — er hatte Filz-pantsöffel an.

Adolf und ich wechselten einen Blick. „Es scheint ein empfehlenswertes Sanatorium zu sein,“ meinte Adolf.

Endlich kam der Professor wieder. „Ich habe die Heizung auf warm gestellt,“ sagte er.

„Und das Billett?“

„Hier!“ Es war eine Fahrkarte zweiter Klasse und eine Kinderfahrkarte.

„Hast du unterwegs Kinder gekriegt?“ erkundigte ich mich.

„Nein, die war für den Hund.“

„Für welchen Hund?“

„O Gott,“ stöhnte der Professor auf, „der sitzt im Kleider-schrank. Der Sanitätsrat hat mich, seinen Hund mit nach München zu nehmen und bei seiner Schwiegermutter abzugeben. Aber weil mich das Vieh immer beißen wollte...“

„Warum wollte es dich beißen?“ lächelte Adolf.

„Das weiß ich auch nicht. Als ich das Waschgeschirr und die Bettwäsche einpackte, ging das Vieh auf mich los und...“

Der Professor sah uns vorwurfsvoll an.

„Was habt ihr nur heute? Diese Bißge- könnt ihr nun nicht mehr mit mir machen. Gott sei Dank, mit meiner Zerstreutheit ist's ein- für allemal aus. Das merkt euch. Ich bin gehet — h — h — h!“ Er zog einen Strumpf aus der linken Hosentasche, um sich die Knie zu schmauchen. Dabei fiel ein riesiges Schlüsselbund auf den Boden.

„Loh es nur liegen,“ sagte er, „es sind Schlüssel zur Burg-raine Hohenstein. Das ist ein entzückender Ausflugsort. Aber so überfüllt. Darum habe ich ihn auch abgeschlossen. — Einen Augen-blick übrigens! Ich will nur schnell den Brief an meine haus-hälterin einwerfen, sonst weiß sie nicht, daß ich komme.“ Er ging an den Briefkasten und warf den Brief hinein. „Hoffentlich wird er heute noch geleert.“

Während der Autofahrt erging er sich wieder in den über-schwenglichsten Lobpreisungen des Sanitätsrates. „Und so eine ein-fache Heilmethode; jeden Vormittag hat er mich fünf Minuten scharf angesehen und hat gesagt: „Sie sind nicht mehr zerstreut.“ Das ist die ganze Kunst. Uebrigens: wer von euch hat mir denn den Zettel „Grand Hotel Basel“ auf meinen Koffer geklebt? Ich bin doch nie in Basel gewesen.“

„Also ein falscher Koffer, hab mir's doch gedacht.“

„Das kann nur in Regensburg passiert sein. Da bin ich zuerst in den verkehrten Zug gestiegen. Es kam mir gleich verdächtig vor, weil keine Lokomotive dran war. Aber ich merkte es noch recht-zeitig. Und dann kam ich zu sehr netten Leuten ins Rupee. Nein, haben die gelacht. Nämlich ich mußte unterwegs mal austreten, und wie ich da ohne Hofen heraustram...“

Adolf guckte trampfhaft zum einen Autofenster hinaus, ich zum anderen.

„Nun ja,“ meinte der Professor gutmütig, „das war so ein letzter Rückfall. Jetzt kann mir so etwas nicht mehr passieren, denn der Sanitätsrat hat mir eine Visitenkarte mitgegeben, da hat er draufgeschrieben: „Ich bin nie mehr zerstreut“, und die soll ich jeden Morgen beim Aufstehen lesen. Das hilft unbedingt.“

Und er zog eine Stiefelbürste hervor und strich sich damit den Vollbart...

„Künstleranekdote. Whistler rühmte sich, einer der wichtigsten Causeurs von Paris zu sein. Aber Degas meinte: „Ja...“ wenn Sie nicht ein Genie wären, würden Sie der lächerlichste Mann von Paris sein.“

Die Radiowelle der Zukunft.

Von Anton Büble.

Kein Zweig der technischen Errungenschaften hat in den letzten Jahren eine so gewaltige und weitgreifende Entwicklung durchgemacht wie die Radiowelle. Eine Flut von Literatur, welche sich mit dem Funkwesen beschäftigt, ergoß sich über den Büchermarkt. Tag für Tag erleben wir Verbesserungen in allen möglichen Formen, sowohl an Apparaten, wie auch an Einzelheiten, die zum Senden wie auch zum Hören der Radiowelle notwendig sind. Neben dem Sprechfunk beginnt nach und nach auch der Bildfunk sich sein Feld zu erobern und Monat um Monat können wir sehen, wie auf dem Gebiete des Bildfunks eine stete Vervollkommnung fortgeschreitet.

Wer etwa annehmen wollte, daß die Wissenschaft bei dem bisher Erreichten stehen bleiben würde, wird sich getäuscht sehen. Unablässig ist sie bemüht, auf dem Wege der Vervollkommnung und der Erreichung von neuen Möglichkeiten fortzuschreiten. Es wird die Zeit kommen, wo wir, wie wir heute Sendestationen für Konzerte und Vorträge haben, Fernsehämter errichten, durch die man nach kurzem Anruf irgendeinen Teil der Welt sich betrachten kann.

Gefler über den Parteien.



„Man wußt mir vor, ich bezöge meinen Rekrutenersatz ausschließlich von ultrarechts. Ich habe aber zum Ausgleich den Mannionsersatz von ultralinks bezogen.“

Der Industrielle wird es dann nicht mehr nötig haben, sich morgens in den Zug oder ins Auto zu setzen, um persönlich mit seinem Geschäftsfreunde zu unterhandeln. Er wird ihn am Telephon mit aller Deutlichkeit auf einer weichen Mattscheibe sehen können. Das Liebespaar, das vielleicht durch Wellen von einander getrennt ist, wird nunmehr sich jeden Morgen durch den Fernseher begrüßen können. Die Zeitungen werden nun nicht mehr gedruckt werden. Holz ist knapp geworden, Zeitungspapier sehr teuer, die Riesenausgaben der Weltblätter können nicht mehr bestehen, weil das Holz ausgezehrt ist. Dieses macht nichts. Die Verleger haben sich längst mit dem elektrischen Fernleser geholfen, der durch die elektrische Radiowelle gespeist wird. Sie verliehen den elektrischen Fernsehapparat an ihre Abonnenten. Ein kleines Bild, das eine Milchglascheibe bedeckt, erstrahlt in Licht. Man sieht Buchstaben, das Neueste vom Tage, Leitartikel, Feuilletons in reichster Auswahl. Vielleicht auch bewegliche Bilder im Text verstreut.

Das Fernkind wird in den nächsten Jahrzehnten zu einer Selbstverständlichkeit werden. Nicht allein, daß man mit Hilfe der elektrischen Welle Sprache und Schrift, Bild und Bewegung auf weite Entfernungen hin übertragen kann, wird auch die Form der Apparatur eine große Wandlung durchmachen. Wir wissen, daß heute die Sendestationen sehr viel Raum beanspruchen und daß ein solcher Sendeturm sehr große Energien notwendig hat, um nur einen ganz kleinen Teil der Empfangsstationen mitzuteilen. Aber auch hier wird sich im Laufe der Zeit eine Wandlung vollziehen. Die einst jede Errungenschaft in der Technik, steht auch das Radiowesen erst nach im Anfang seiner Entwicklung und wird, wie Dampfmaschine, Dynamo, Automobil erst nach langer Zeit jenen komplizierten und vollkommeneren Charakter annehmen wie diese. Die Technik weiß heute schon, daß in Zukunft vielleicht Richtantennen verwendet werden, welche die Energien nur nach einer Richtung hinsenden oder zu einem Strahlungsstrahl zusammenfassen und dieses wie ein Steil-seuergebläse in die Luft lenken, das an der Empfangsstation aufgefangan werden wird. Wir werden auch die Empfangsgeräte zu den kompliziertesten Maschinen oder zu kleinsten Dimensionen umgearbeitet haben.

Eine noch größere Perspektive für die Zukunft der elektrischen Welle eröffnet der Verkehr. Es ist bekannt, daß heute schon die Möglichkeit besteht, durch Radiowellen Flug- und Fahrzeuge zu bewegen. Die erste derartige Erfindung machte im Jahre 1911 der Erfinder Birth mit einem Motorboot auf dem Wannsee bei Berlin. Es gelang dem Erfinder, sämtliche Bewegungen des Motorbootes, das An- und Abstellen des Motors, vom Ufer aus mittels Radiowellen zu lenken. Jedoch stellte sich bald die Schwierigkeit heraus, daß die Sicherheit bei der Lenkung verloren ging, als man das Boot aus dem Auge verlor. Im übrigen aber gelang der erste Versuch ganz vortrefflich.

Zu den interessantesten Ergebnissen auf flugtechnischem Gebiete gehört das führerlose Flugzeug. Drahtlose Lenkung von Fahr- und Flugzeugen erlangt auch schon vor Jahren Anton Flettner, der Erfinder des Flettner-Rotors. Er meldete schon vor dem Kriege gemeinsam mit den Herren Guilleaume-Lameyer-Werten in Frankfurt a. M. ein Patent an. Flettner erzählt in seinem Buche „Wie ich zum Rotor kam“ ein lustiges Intermezzo, das er bei seinen ersten Versuchen hatte. Der Inhaber des Zirkus Schumann interessierte sich

für die Erfindung sehr. Er trug dem Erfinder auf, einen Sattel zu konstruieren, durch den seine Zirkusperde drahtlos gelenkt werden könnte. Leider verfolgte das Experiment an dem Widerstand der Pferde. Zu Anfang des Krieges gewann die Frage der Fernsteuerung erneut Bedeutung. Kein Geringerer als Zeppelin interessierte sich lebhaft dafür. Er trug sich mit der Idee, seine Luftschiffe durch Fernlenkung von der Erde zu steuern und durch sie auch eine Waffe in Tätigkeit zu setzen. Flettner wandte seine Erfindung auch noch auf andere Waffen an. In den Sommermonaten des Jahres 1915 bewegte sich durch die Straßen Berlins ein eigenartig gebautes schwerfälliges Gefährt. Es war ein ferngelenkter Tank, mit dem es möglich war, ohne Benennung über Schützengräben hinweg vorzugehen und Drahtverhaue mittels einer automatischen Vorrichtung zu zerschneiden. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.G. und das Ingenieurkomitee des Kriegsministeriums wurden für die Erfindung gewonnen, leider aber von den militärischen Sachverständigen abgelehnt. Später wurde Flettner wiederum in die Inspektion der Fliegertruppe berufen, um seine Erfahrungen bei der Erbauung eines ferngelenkten Flugzeuges zur Verfügung zu stellen. Flettner schreibt in dem genannten Buche: „Aus begreiflichen Gründen kann ich an dieser Stelle über den Werdegang und das Schicksal dieser sehr interessanten Arbeit nicht sprechen.“

Tatsächlich wurden während des Krieges bei den Kämpfen an der Nordseeküste ferngesteuerte Motorboote losgelassen, welche mit Sprengstoff und Am Schlagzählern versehen waren, die beim Anschlagen auf ein fremdes Schiff dieses zur Explosion bringen sollten. Diesen Experimenten stand jedoch der Umstand im Wege, daß fremde Radiowellen den Kurs des ferngelenkten Motorbootes verändern und die Gefahr somit ablenken konnten. Es würde zu weit führen, eingehend auf den Mechanismus von Fernlenkmotoren näher einzugehen.

Im den Lauf eines ferngesteuerten Flugzeuges feststellen zu können, müßten auf diesem auch Einrichtungen angebracht werden, welche es ermöglichen, das Bild seines derzeitigen Standpunktes drahtlos an die Empfangsstationen weiterzugeben. Auch damit hat sich die technische Wissenschaft bereits erfolgreich beschäftigt, und man kann heute sagen, daß der ungeheure Fortschritt, den man mit der drahtlosen Bildübertragung gemacht hat, auch eines Tages für fern-gelenkte Flugzeuge und Luftschiffe Anwendung finden kann.

Amerika widmet sich dieser Aufgabe mit besonderem Ernste. Man konnte dort in letzter Zeit in illustrierten Zeitschriften mehrfach phantastische Bilder sehen, welche ferngelenkte Flugzeuge veranschaulichen. Im französischen Luftdienst wurde in den letzten Wochen zum ersten Male ein führerloses Postflugzeug eingestellt. Das Flugzeug, das nicht bemant ist, wird von einer elektrischen Sendestation aus gelenkt und durch Fernwirkung die Post an einer bestimmten Stelle abgeworfen. Deutschland ist der Bau dieser Flugzeuge unterlag.

Es ist vorauszu sehen, daß in einem kommenden Kriege auch unbemannte Luftflotten gegeneinander kämpfen werden, auf die schon das Mitglied der amerikanisch-physikalischen Gesellschaft Hugo Gerns-bach vor einiger Zeit eindringlich hinwies. Er sagte: „An den Kriegen der Zukunft wird man voraussichtlich nicht nur einzelne Flugzeuge, sondern ganze fern gesteuerte Geschwader benutzen. Auch der Gegner wird sicherlich die gleichen Maschinen haben, und der Krieg wird auf eine Art von Schachspiel hinauslaufen. Auch für Friedenszwecke bleiben aber noch mannigfache Anwendungsmöglichkeiten; einfache Postflugzeuge können unbemannt fliegen, und der ganze Güter-transport auf dem Luftwege kann durch die Fernsteuerung erleichtert werden.“

Die merkwürdigste Eidechse.

Die Furcht, die man im Volk vor Kröten, Eidechsen und ähnlichem Gezier hat, geht meist darauf zurück, daß man diese Tiere für giftig hält. Nun hat aber die Wissenschaft früher keine einzige giftige Eidechse gefasst, und erst jetzt hat man eine Gifteidechse genau beobachtet, über die Walter Bernard Sachs in der „Amisago“ berichtet. Diese „merkwürdigste Eidechse der Welt“ findet sich in dem öden Gebirgsland Mexikos, in dem man zwischen den trockenen Felsplatten kaum irgendwelche Tiere antrifft. Hier lebt nun das etwa 1 1/2 Meter lange, unbemerkliche Gila-Tier, vor dem die Registrator so große Angst haben. Es ist eine Krustenechse, denn ihre Haut ist nicht geschuppt, sondern geförnt; rote und schwarze Binden umzingeln den Leib, der Kopf ist plump und dick, und das ganze Wesen ähnelt einer ausgestopften Walze. Als es zum erstenmal einem Zoologen gelang, dies Tier lebend nach dem Londoner Zoologischen Garten zu bringen, wurde eines Tages ein betrunkenen Wärter von dem gewöhnlich stumpf daliegenden Tier gebissen. Sofort schmolten Finger und Arm mächtig an, und unter fürchterlichen Qualen verchied der Unglückliche. Nun erst ergab die nähere Untersuchung, daß man hier wirklich die erste und einzige giftige Eidechse der Welt vor sich hatte. Die vordersten, mit einer Furche versehenen Zähne des Untertellers stehen mit einer mächtigen Giftdrüse in Verbindung, und wenn man das Tier reizt, so bewegt sich der Unterteller wie tauend, worauf jäh Speichel aus dem Maul der Echse tropft. Die Berichte, denen zufolge Registrator von Eidechsen tödlich gebissen werden, beruhen also danach auf Wahrheit. Die Krustenechse nährt sich von kleinen Eidechsen, die sich in der Kälte des Nachtfrostes nicht versteckt haben, und wenn einmal Hungernot hereinbricht, dann hat die Gift-Echse in ihrem dicken Schwanz genug Nahrung aufgespeichert, um sich am Leben zu erhalten. Die rot-schwarze Färbung der körnigen Haut mutet wie eine altmodische Verkleidung an. Der einzige Verwandte des Gila-Tiers, der meilenweit entfernt auf Borneo lebt, besitzt diese Giftwaffe nicht mehr.

Gefährliche Wundheiler. Als Beispiel großer Tierfreundschaft führt man häufig das Verhältnis der Madenhäcker zu den großen Säugelieren an, denen sie bekanntlich Jucken und Flogeng-laren vom Körper ablesen. Eingehendere Beobachtungen dieser zur Familie der Stare gehörenden afrikanischen Vögel haben indessen gezeigt, daß sie den Säugelieren nicht immer von Nutzen sind. Sie suchen besonders Tiere mit wunden Stellen auf, da diese naturgemäß zahlreich Fliegen herbeilocken, und da sich in ihnen viele Larven der Wiesfliegen befinden. Auf solche unter der Haut lebende Fliegen-moden scheinen es diese bräunlichen Vögel besonders abgesehen zu haben. Sie reißen den Tieren nicht selten den Wundschorf ab und durchwühlen geradezu die Wunden nach Larven. Das Blut fließt dann reichlich — vielleicht ledet sie es auch auf — und durch ihre emsige Tätigkeit wird das Heilen der Wunden sehr verzögert oder gar verhindert. Jedenfalls ist der Nutzen, den sie den Pferden, Rindern, Feln, Kamelen usw. durch Ablesen der Jucken, Weg-fangen der Fliegen und Herausziehen der Maden stiften, nicht größer als der Schaden, den sie durch das fortwährende Aufreißen der heilenden Wunden und durch die dauernde Beunruhigung der ge-wählten Tiere anrichten. Man sieht daher auch häufig, wie sich die Tiere der überall an ihren Körpern umherflatternden Quälgeister durch valendes Rollen, Umbewälzen, Reißchen mit dem Schwanz usw. entledigen wollen, ohne aber die dauernden Angriffe ver-hindern zu können. Sicher tragen die Madenhäcker auch zur Ver-breitung von Viehseuchen bei. In manchen Gebieten Afrikas sollen die Madenhäcker ihre Lebensweise sogar in der Art verändert haben, daß sie wie Räuber die Hausvögel anfallen und auch ganz gesunde Tieren große Wunden beibringen. Viele Tiere haben sie auf diese Weise zu Tode gequält; sie treffen ihnen die Ohren bis auf den Schädel weg und hacken große Löcher in den Rücken usw. Zweifellos haben die neueren Beobachtungen gelehrt, daß zwischen Maden-häckern und Säugelieren alles andere, nur kein Freundschafts-verhältnis besteht.

